

Thomas Petersen
Roland Schatz

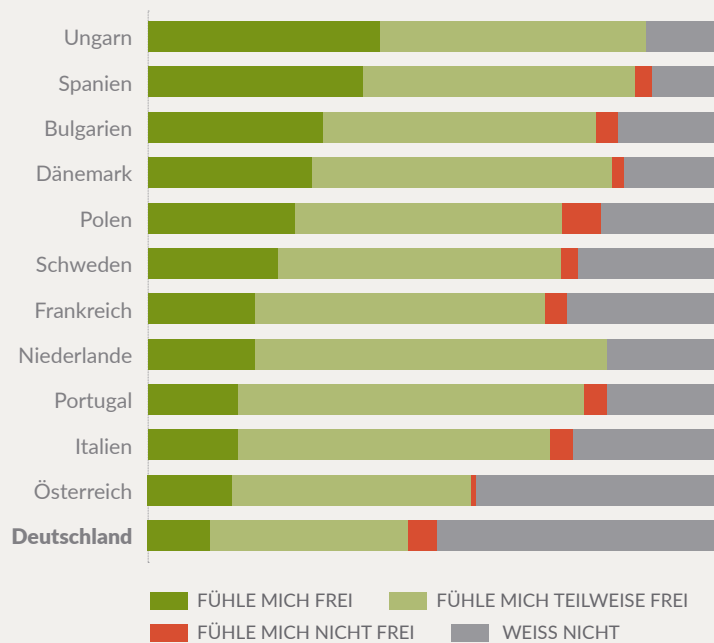
FREMDBESTIMMUNG: MEHR ALS NUR EIN GEFÜHL

2021 bricht der Freiheitsindex
Deutschland ein



DEUTSCHE FÜHLEN SICH AM WENIGSTEN FREI

EU-Umfrage: Wie frei fühlen Sie sich in Ihrem täglichen Alltag – können Sie selbstbestimmt agieren?



Quelle: European Council on Foreign Relations, Ivan Krastev & Mark Leonard, September 2021

„Freiheit und Demokratie sind nie naturgegeben, nie ein für alle Mal erreicht.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
zum 60. Jahrestag des Mauerbaus

„Die Demokratie als freiheitliche Regierungsform hat nur dann eine Chance, als gelungenes Experiment in die Geschichte einzugehen, wenn sie fähig ist, sich zu begrenzen, Maß zu halten, im Gleichgewicht mit der Umwelt und der Natur zu existieren und so Lebenschancen der Nachkommen zu gewährleisten. Die Frage nach der Fähigkeit, die Chancen der nachkommenden Generation zu sichern, ist die Schlüsselfrage an jede Regierungsform, auch an die Demokratie. Unsere konkrete, gelebte Demokratie hat diese Fähigkeit bisher noch nicht wirklich bewiesen. Im Gegenteil. Die gegenwärtigen Krisen der Finanzmärkte, des Euros und die wachsenden Umweltschäden sind Folgen ihrer Unfähigkeit zur wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und politischen Begrenzung.“

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, sächsischer Ministerpräsident von 1990 bis 2002, im Jahr 2012

EINFÜHRUNG: DIE MUSKELN DER FREIHEIT ERSCHLAFEN DURCH STETEN NICHTGEBRAUCH	5
Thomas Petersen DAS GEFÜHL, FREI ZU SEIN, IST RÜCKLÄUFIG	11
Thomas Petersen IN DEN EINSCHÄTZUNGEN ZUR ROLLE DES STAATES BEWEGEN SICH WEST UND OST AUF EINANDER ZU	19
Roland Schatz DIE DEUTSCHEN LEITMEDIEN ENTDECKEN ERST 2020/2021 WIEDER DIE WERTE-DEBATTE FÜR SICH (UND IHR PUBLI- KUM)	27
Roland Schatz LEUCHTTÜRME IN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER FREIHEIT	33
Roland Schatz DER FREIHEITSINDEX BRICHT 2021 EIN	39
Roland Schatz FREMDBESTIMMT STATT SELBSTBESTIMMT	47
Roland Schatz 5 VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG	59
AUSBLICK: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?	67

EINFÜHRUNG: DIE MUSKELN DER FREIHEIT ERSCHLAFEN DURCH STETEN NICHTGEBRAUCH

Freiheit entwickelt ihre Kraft besonders dann, wenn sie verloren gegangen ist. Die aktuellen Bilder aus Afghanistan führen dies derzeit allen plastisch vor Augen.

Zunächst vollkommen unabhängig von den gesellschaftlichen Realitäten, in denen wir leben, erfahren dies alle in der Jugend. Und dann erneut in einer Partnerschaft – wenn das Zusammenleben mit dem Partner Kompromisse erfordert. Oder wenn später im Leben gesundheitliche Einschränkungen die eigene Entfaltung verhindern.

Freiheit ist das Gegenteil von Eingesperrtsein. Solange das Gefühl nicht nur ein Gefühl ist, selber den Schlüssel in der Tasche zu besitzen, mit dem die Tür geöffnet und wir selber unsere Beklommenheit ändern können, ist alles gut. Nichts ist gut, wenn dieser Schlüssel abhanden kommt. Weder im Privatleben noch als Gesellschaft. Dabei geht es selten darum, den Sehnsüchten tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes nachgehen zu können – es reicht das echte Bewusstsein, es können zu können.

Zur Diktatur gehört, dass dort die Menschen nicht regelmäßig befragt werden, ob sie sich frei fühlen. Entsprechend liegen keine Werte vor, wie sich die Menschen in Rostock, Leipzig und Bautzen zwischen 1949 und 1989 gefühlt haben. Wer sie, aus Westdeutschland kommend, besuchte, den beschlich ein ungutes Gefühl jedes Mal schon beim Warten, bis sich die Grenztore öffneten, um die Freunde oder Familie sehen zu dürfen. Und bei der Rückkehr trat automatisch das Bewusstsein einer „Befreiung“ auf, wenn die Regeln der DDR nicht mehr für einen galten. Wieder frei sprechen zu können. Wieder die Schere im Kopf guten Gewissens klein werden lassen zu können, weil nun – bis zum nächsten Besuch – das Gefühl für reale oder nur eingeredete Gefahren für sich selber oder andere nicht länger dominierte.

Seit 31 Jahren können die Teams des Meinungsforschungsinstitutes in Allensbach überall in Deutschland Menschen besuchen und ihnen Fragen zum Erleben ihres Alltags stellen und Antworten erhalten, wie sie sich und die Gesellschaft wahrnehmen. Und die Ergebnisse können publiziert werden.

Im Juni dieses Jahres, drei Monate vor der nächsten Bundestagswahl, antwortete auf die Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ erstmals seit dem Jahr 1953 nur noch eine Minderheit: „Man kann frei reden“. Als dieses Resultat in der FAZ publiziert wurde, bekam der Autor der Studie, Thomas Petersen, derart viele Zuschriften von Menschen aus allen Teilen der Republik wie noch nie.

Die BILD Zeitung räumte spontan ihre zentralen Seiten zwei und drei leer und druckte am Folgetag Eindrücke von Jung und Alt, die dieses Ergebnis mit Beispielen aus dem Alltag lebendig machten.

Die Briefeschreiber an Allensbach wie auch die Jungen und Alten, die den BILD-Journalisten Rede und Antwort standen, taten etwas, was die Grundlage der Freiheit ist: Sie wurden aktiv. Denn Freiheit ist nichts anderes als ein Muskel im Körper der Gesellschaft, der bewegt sein will. Ohne Tätigkeit ist Selbstbestimmung nicht zu haben. Wer am Abend des 9. November 1989 in Leipzig, Dresden, Halle oder jeder anderen Stadt in Deutschland die Menschen auf der Mauer feiern sah, wusste, dass dies nicht durch Sitzen auf dem Sofa im eigenen Wohnzimmer erreicht wurde. Sondern, dass über fünf Jahre – anfangs nur wenige – Aufrechte Montag für Montag dieses Sofa in den eigenen vier Wänden verlassen hatten, um durch gemeinsames, sichtbares Spaziergehen und Singen in der Innenstadt (zunächst in Leipzig) dieser Muskel der Freiheit wieder trainiert werden musste.

Sie taten dies im Bewusstsein, dass dieses Singen und Gehen für viele von ihnen zunächst nicht mit Freiheit, sondern mit Gefängnis enden konnte. Um so wichtiger war es, dass dieses Gehen und Singen wahrgenommen wurde.

Von den unmittelbaren Nachbarn als auch von den Menschen jenseits der Grenzen. Und so war es kein Zufall, dass das Gehen und Singen zu einem Zeitpunkt begann, an dem viele Journalisten der sogenannten West-Medien sich gleichzeitig in Leipzig befanden. Sich sicher sein zu können, dann noch am gleichen Abend die Bilder vom eigenen Risiko im Fernsehen sehen zu können, war so etwas wie eine Versicherung. Das Zeichen wurde nicht nur verstanden, sondern auch Millionen anderen sichtbar gemacht. Dennoch dauerte es schier endlose fünf Jahre seit Beginn der Montags-Demonstrationen bis dann in der Nacht vom 9. November 1989 die Mauer und Grenze das Trennende verloren.

Was ist geschehen, dass drei Jahrzehnte später nur noch eine Minderheit im gleichen Land das Gefühl hat, sagen zu können, wonach einem der Sinn steht und keine negativen Konsequenzen befürchten zu müssen? Was ist seit dem Beethoven-Moment verloren gegangen, als die ganze Welt im „Freude schöner Götterfunken“ vereint zu sein schien?

Einer, der nicht nur an den Montagen in den 80er Jahren im Osten dabei war, sondern dessen Taten und Worte ihn dann zum Bundespräsidenten werden ließen, verlieh dieser neuen Entwicklung schon vor zehn Jahren (wieder) Worte: Joachim Gauck schrieb als elfter erster und ober-

ter Repräsentant seinem Volk folgende Sätze ins Stammbuch: „Ich bin in diesem Land viel unterwegs und nicht selten beschleicht mich dabei das Gefühl, einer gewissen Minderheit anzugehören. Nicht etwa, weil ich aus Mecklenburg komme. (...) Es ist vielmehr meine tiefe Überzeugung, dass Freiheit das Allerwichtigste im Zusammenleben ist und erst Freiheit unserer Gesellschaft Kultur, Substanz und Inhalt verleiht. Bei vielen Menschen aber, die mir im Land begegnen, vermute ich eine geheime Verfassung, deren virtueller Artikel 1 lautet: ‚Die Besitzstandswahrung ist unantastbar.‘ Ich habe nichts gegen Besitz, auch nichts gegen materielle Sicherheit. Das alles ist erfreulich, vor allem wenn man darauf verzichten musste, wie meine Generation, die Krieg und Nachkriegszeit erlebt hat. Aber wie kommt es, dass wir Deutschen ein erkennbar anderes Verhältnis zum Grundprinzip der Freiheit haben als etwa das US-amerikanische Volk oder unser polnisches Nachbarvolk?“

Als Joachim Gauck die 64 Seiten „Freiheit. Ein Plädoyer“ im Jahr 2012 publizierte, sagten in den Allensbacher Umfragen 42 Prozent, sie fühlten sich in ihrem Leben sehr frei. Jetzt, 2021, sind es 36 Prozent.

Dabei hat der Souverän bei den letzten Wahlen 2017 den Parteien CDU/CSU mit knapp 34 Prozent sowie der SPD mit 20 Prozent eine klare Gestaltungsmehrheit gegeben, damit sich die Geschicke der Deutschen zum Guten entwickeln lassen. Damals, 2017, hatte erstmals eine denkbar knappe Mehrheit – aber immerhin 51 Prozent – angegeben, sich sehr frei zu fühlen. Und nun, nur vier Jahre später der Einbruch auf 36 Prozent.

Kein gutes Zeugnis nach 16 Jahren Regierungsverantwortung von Angela Merkel. Zu Recht kann sie zwar auf eine eindrucksvolle Entwicklung verweisen: Während dieser vier Kabinettszeiten antworten die Deutschen auf die Frage, ob es ihnen wirtschaftlich gut oder schlecht geht im Sommer 2021 eindeutig besser als 2005. Gleichzeitig erreicht der Saldo der Menschen mit deutschem Pass, die seit 2005 die Bundesrepublik Deutschland final verlassen haben, im Sommer 2021 den Wert von 754.895 Deutschen. Das entspricht der Einwohnerzahl von Frankfurt am Main. Wenn wir konservativ davon ausgehen, dass diese Menschen im Schnitt ein monatliches Einkommen von 3.000 Euro besitzen, dann entgeht dem Land jährlich ein Geldbetrag von 30 Milliarden Euro – dabei darf davon ausgegangen werden, dass die Leistung, die jede dieser einzelnen 754.895 Deutsche nun woanders als in ihrer Heimat einbringen, ein Vielfaches davon ausmacht.

Diese Abstimmung mit den Füßen hat lange vor Corona begonnen. Aber die Art und Weise, mit der die Deutschen ihre Führung in Bund und Ländern im Umgang mit Covid-19 erleben, trägt wohl auch das ihre dazu

bei, dass der Verlust der Freiheit mehr als nur ein Gefühl ist, dem in Umfragen Ausdruck verliehen wird.

Diese Mischung aus Faust in der Tasche und Ohnmacht entwickelte sich scheinbar parallel zu einem Verlust an Wahrnehmung für die eigenen Positionen. Als Gauck auf Amerika verwies, war Trump noch nicht gewählt und die Polen waren fern von den Einschnitten in Verfassungsrechte, gegen die sie nun demonstrieren. Nichts geschieht von einem Tag auf den anderen. Die Muskeln der Freiheit erschlaffen durch steten Nicht-Gebrauch.

Diese schleichende Entwicklung ist die größte Gefahr: Wenn auf einem Flug ein Antriebsmotor ausfällt oder Unwetterfronten die Piloten zu schlagartigem Reagieren zwingen, besteht immer noch eine Chance, die Situation für alle Passagiere zum Besten zu führen. Dagegen kann nichts getan werden, wenn ein Flugzeug schleichend an Höhe verliert und dem Piloten die Lage erst kurz vor dem Aufschlag bewusst wird. Selbst das schnellste Hochreißen des Steuerknüppels ändert nichts am Aufschlag, da das Flugzeug als Ganzes zu viel Masse besitzt, um noch gerettet zu werden.

Ist Deutschland im Jahr 2021 wenige Wochen vor der Bundestagswahl in so einer Situation? Der Blick allein auf die Antworten der Freiheitsfrage lässt keinen Optimismus entstehen. Denn wo sind die Wahlangebote für das Wahlvolk, die eine klare Kehrtwende hoffen lassen? Wo die Politiker, die nicht nur verbal den Ball von Joachim Gauck oder auch Roman Herzog aufnehmen würden?

Aber wie schon in den 80er Jahren ist eine zweite Stimmung zu greifen, die Besitzstandswahrung nicht zum Maßstab ihres eigenen Handelns macht: Allensbach stellt seit Jahrzehnten noch eine zweite Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?“ Und zum ersten Mal seit 1990 antworten mehr Deutsche zuversichtlich, dass wir nicht machtlos sind. Keine Mehrheit, aber immerhin 47 Prozent aller Befragten, während nur noch 30 Prozent im zweiten Jahr von Corona-Einschränkungen den Eindruck haben, sie könnten nichts bewirken. Diese Überzeugung teilen im Übrigen alle, ob Jung oder Alt, ob im Osten oder im Westen lebend. Auch das zum ersten Mal. Womit sich eine über Jahrtausende gewachsene Erfahrung auch in Deutschland Bahn bricht: Veränderungen brauchen Zeit.

Neben Zeit brauchen Menschen aber auch Leuchttürme, an denen sie sich orientieren können. Und sie müssen diese klar und deutlich erkennen können. Womit nicht nur die Rolle der Leitmedien bei diesem Freiheitsindex skizziert wäre.

Thomas Petersen

DAS GEFÜHL, FREI ZU SEIN,
IST RÜCKLÄUFIG

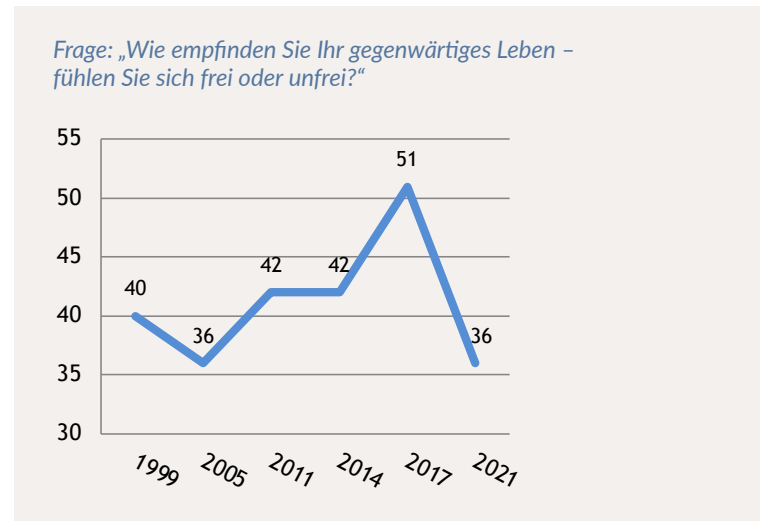
Subjektives Freiheitsgefühl 1999–2021

In einer seit dem Jahr 1999 in Allensbacher Repräsentativ-Umfragen wiederholt gestellten Frage wird den Befragten eine Skala von 0 bis 10 vorgelegt mit der Bitte, anhand dieser Skala anzugeben, wie frei sie sich in ihrem Leben fühlen. Die Frageformulierung ist ganz allgemein gehalten, es werden keine Hinweise auf politische oder gesellschaftliche Aspekte gegeben, die die Antwort der Befragten lenken könnten.

Die Grafik zeigt den Anteil derjenigen Befragten, die bei dieser Frage die Skalenstufen 8 bis 10 auswählten und damit zu Protokoll gaben, dass sie sich in ihrem Leben sehr frei fühlen. Ihr Anteil ist in den Jahren 2005 bis 2017 deutlich von 36 auf 51 Prozent gestiegen. In der jüngsten Umfrage vom Juli 2021 ist er aber wieder auf 36 Prozent und damit auf den Wert aus dem Jahr 2005 zurückgefallen.

Subjektives Freiheitsempfinden

(Anteil derjenigen, die die Punkte 8 bis 10 wählen (auf einer Skala von 0–10))



Kann man seine politische Meinung frei äußern?

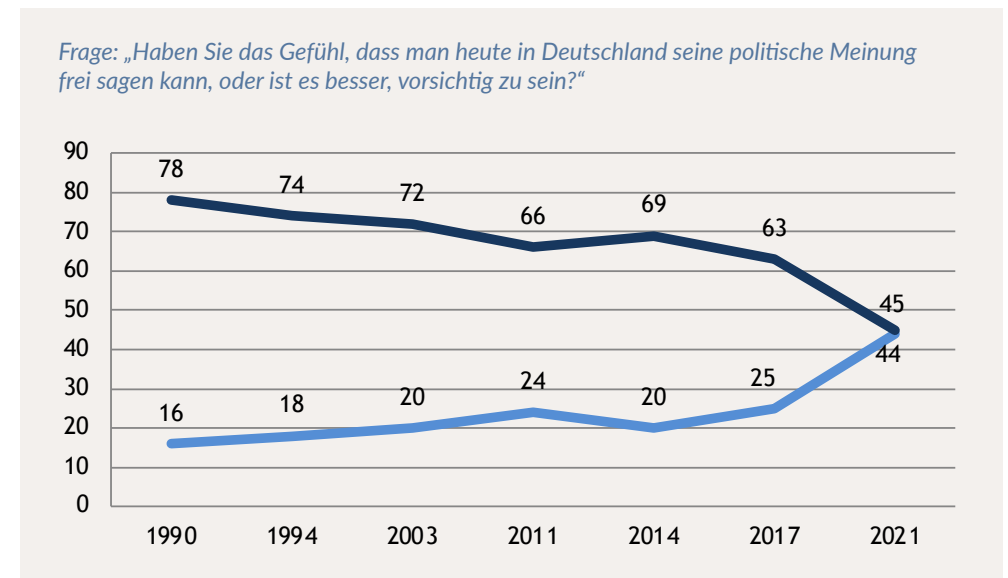
Eine der ältesten Trendfragen des Allensbacher Instituts lautet: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1953 gestellt. Damals sagten 58 Prozent der Befragten, man könne seine Meinung frei äußern, 25 Prozent widersprachen.

Die hier wiedergegebene Grafik zeigt die Ergebnisse zu dieser Frage seit dem Jahr 1990. Man erkennt, dass der Anteil derjenigen, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern, bereits seit drei Jahrzehnten tendenziell rückläufig, seit 2017 aber darüber hinaus sehr deutlich von 63 auf 45 Prozent zurückgegangen ist.

Das ist der niedrigste bisher gemessene Wert.

Freie Meinungsäußerung

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)



Der Ruf nach Verboten – Teil 1

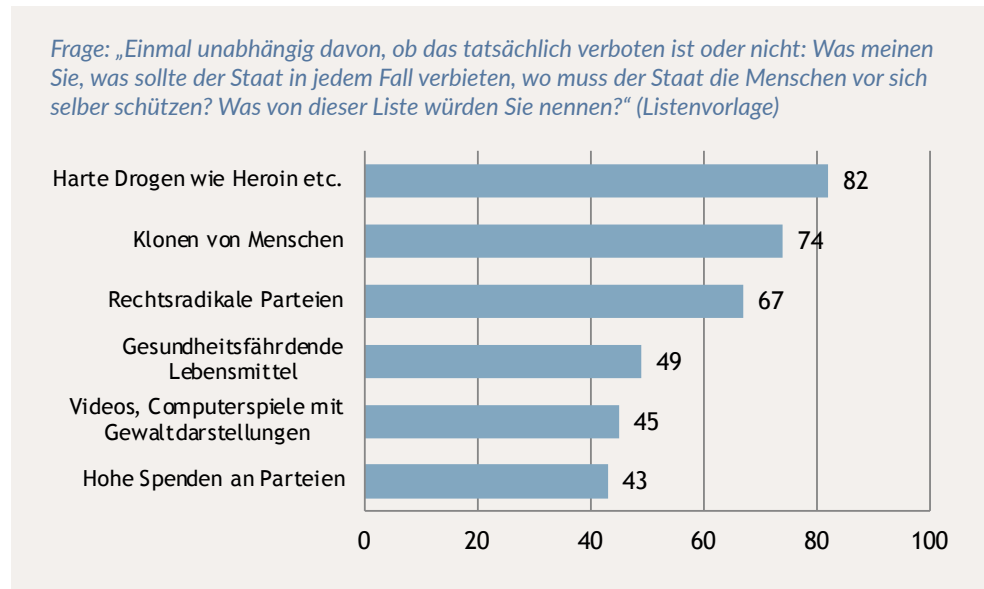
Zum Thema Freiheit gehört auch die Frage, wie sehr die Bevölkerung individuelles, möglicherweise von der Norm abweichendes Verhalten toleriert. Einen Hinweis auf die Toleranz der Bevölkerung bieten die Antworten auf eine Frage: „Was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen?“ Dazu überreichen die Interviewer eine Liste mit 23 Punkten zur Auswahl.

Die Frage ist auch deswegen aufschlussreich, weil die Formulierung, wonach der Staat „die Menschen vor sich selber schützen“ muss, auf ein Menschenbild hinweist, wonach dem Einzelnen nicht zuzutrauen sei, sein Leben selbst zu organisieren.

Die Grafik unten zeigt den ersten Teil einer Auswahl der am häufigsten genannten Punkte (auf der Folgeseite Teil 2). Es ist auf den ersten Blick zu erkennen, dass erhebliche Teile der Bevölkerung ein Verbot von Dingen fordern – Gesundheitsgefährdende Lebensmittel, Computerspiele mit Gewaltdarstellungen, hohe Spenden an Parteien –, die derzeit nicht verboten sind.

Der Ruf nach Verboten I

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)



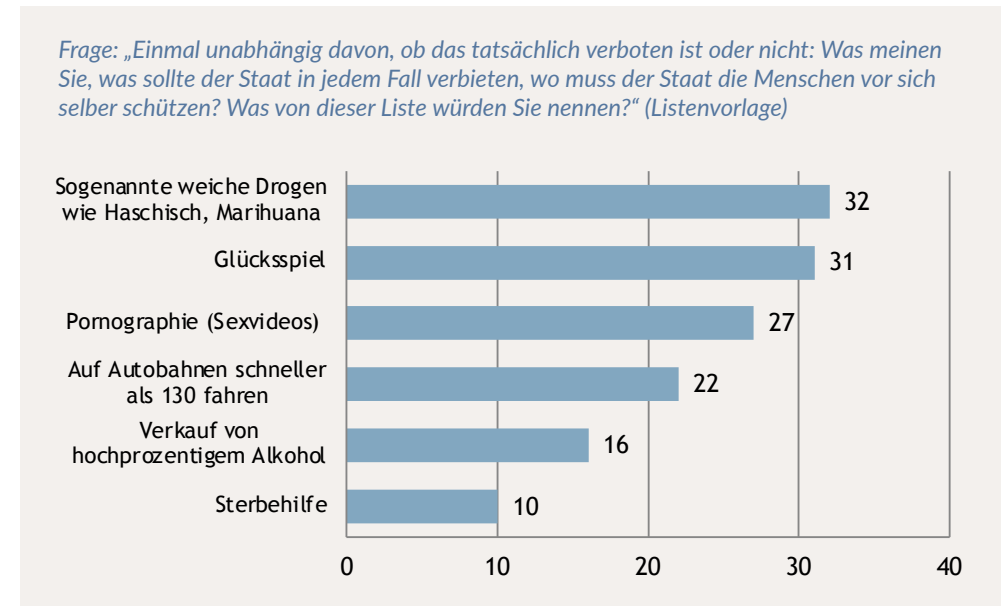
Der Ruf nach Verboten – Teil 2

Auf der Grafik unten sind weitere Punkte zu sehen, bei denen zwar nicht die Mehrheit, aber doch eine nicht unbeträchtliche Minderheit in der Bevölkerung ein Verbot fordert.

Es wird deutlich, dass die Vorstellung, wonach ein übergriffiger Staat den Bürgern gegen ihren Willen immer mehr Regeln und Zwänge auferlegt, zumindest unvollständig ist.

Es sind nicht zuletzt die Bürger selbst, die nach immer mehr Regeln und Verboten rufen und mit den Einschränkungen bürgerlicher Grundrechte solange keine Probleme haben, wie sie selbst nicht davon betroffen sind.

Der Ruf nach Verboten II



Eine immer intolerantere Gesellschaft?

Die Frage, welche Dinge und Verhaltensweisen verboten sein sollten, zeigt im Trendvergleich allerdings auch, dass der Ruf nach Verboten in der Bevölkerung nicht zunimmt, eher im Gegenteil.

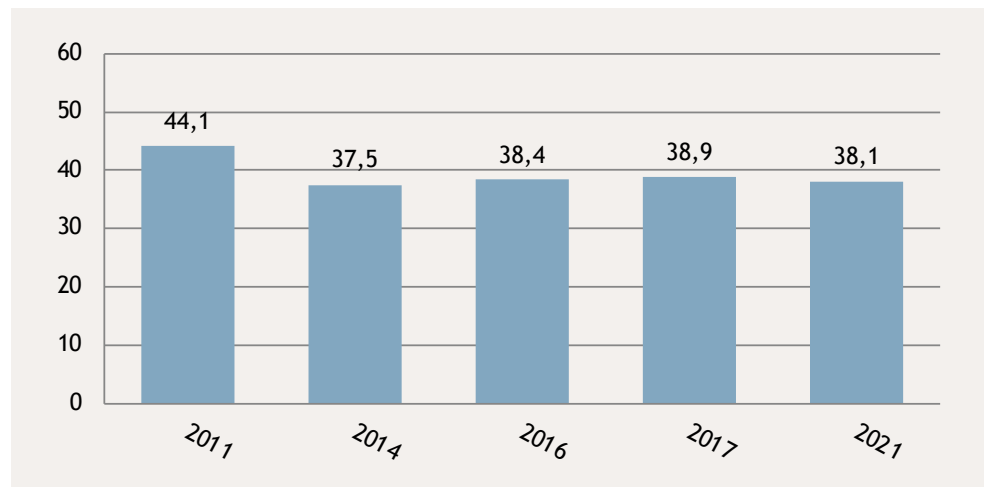
Rechnet man die Anteile derjenigen zusammen, die bei 16 in allen Umfragen seit 2011 abgefragten Punkten ein Verbot forderten, und berechnet daraus den Durchschnitt, dann erkennt man, dass die Zahl derer, die bei den betreffenden 16 Punkten ein Verbot befürworten, seit dem Jahr 2014 stagniert.

Gegenüber dem Jahr 2011, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, ist sogar ein recht deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Die Vermutung, dass die Bevölkerung immer intoleranter wird, bestätigt sich bei dieser Frage also nicht.

Der Ruf nach Verboten III

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern (in Prozent)



Das Verhältnis der Bürger zum Staat

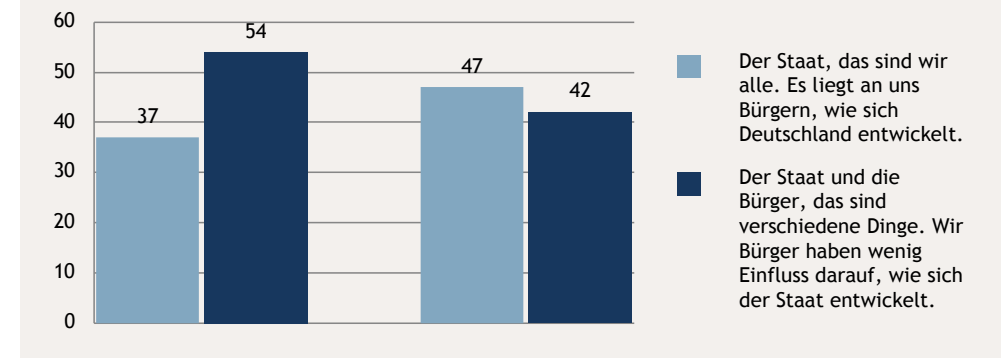
Es wird oft angenommen, dass sich die Bürger zunehmend frustriert vom Staat und der Demokratie abwenden. Doch die Umfrageergebnisse bestätigen diese Vermutung nicht.

Im Gegenteil: Das Bewusstsein, dass der Bürger es selbst in der Hand hat, wie sich das Land entwickelt, nimmt zu. Ist der Anteil derjenigen, die der Aussage „Der Staat, das sind wir alle, es liegt an uns Bürgern, wie sich Deutschland entwickelt“ zustimmen, im vergangenen knappen Jahrzehnt um zehn Prozentpunkte gestiegen. Die Zustimmung zur Gegenposition „Der Staat und die Bürger, das sind verschiedene Dinge. Wir Bürger haben wenig Einfluss darauf, wie sich der Staat entwickelt“ ist in der gleichen Zeit sogar um zwölf Prozentpunkte zurück gegangen.

Die bequeme Haltung, „die da oben“ täten ohnehin, was sie wollten, und man selbst könne daran nichts machen, ist auf dem Rückzug.

Einstellung gegenüber dem Staat

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über das Verhältnis von Staat und Bürgern: Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?“ (Bildblattvorlage)



Thomas Petersen

IN DEN EINSCHÄTZUNGEN
ZUR ROLLE DES STAATES
BEWEGEN SICH WEST UND
OST AUF EINANDER ZU

Bürger und Staat – Antworten in Ost und West

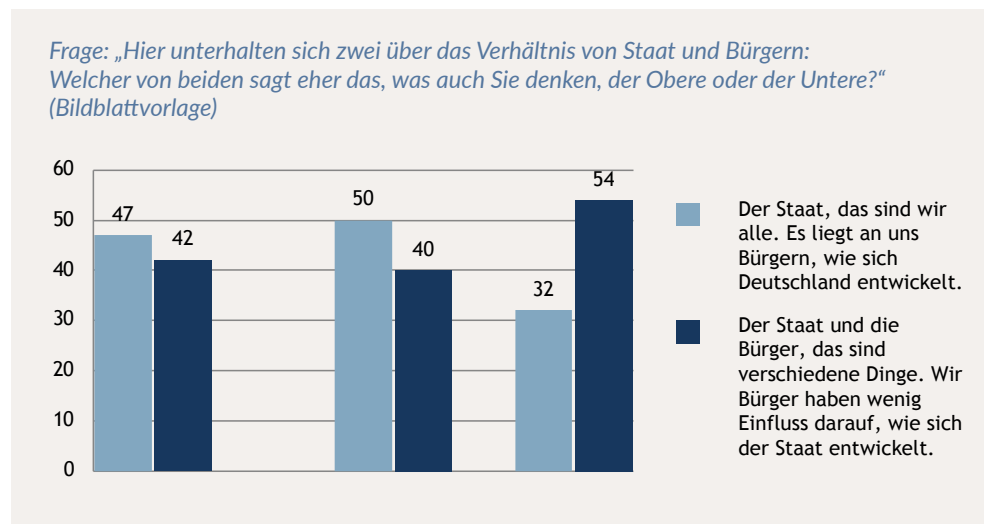
Bei der Frage, ob es an den Bürgern selbst liege, wie der Staat sich entwickelt, gibt es, wie auch bei vielen anderen Fragen zu weltanschaulichen Grundhaltungen, seit dem Fall der Mauer deutliche Unterschiede zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher.

Aktuell stimmen 50 Prozent der Westdeutschen, aber nur 32 Prozent der Ostdeutschen der These „Der Staat, das sind wir alle“ zu. Doch dieser Unterschied ist kein Ausdruck eines fundamentalen Demokratiedefizits im Osten, sondern er zeigt die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Demokratie in West und Ost.

Die Antworten der ostdeutschen Bevölkerung zu Fragen der Demokratieverankerung ähneln oft stark den Antworten aus den 70er Jahren im Westen.

Die Verinnerlichung demokratischer Grundprinzipien ist ein Prozess, der sich über Generationen hinzieht, in West wie in Ost.

Einstellung gegenüber dem Staat – West- und Ostdeutschland



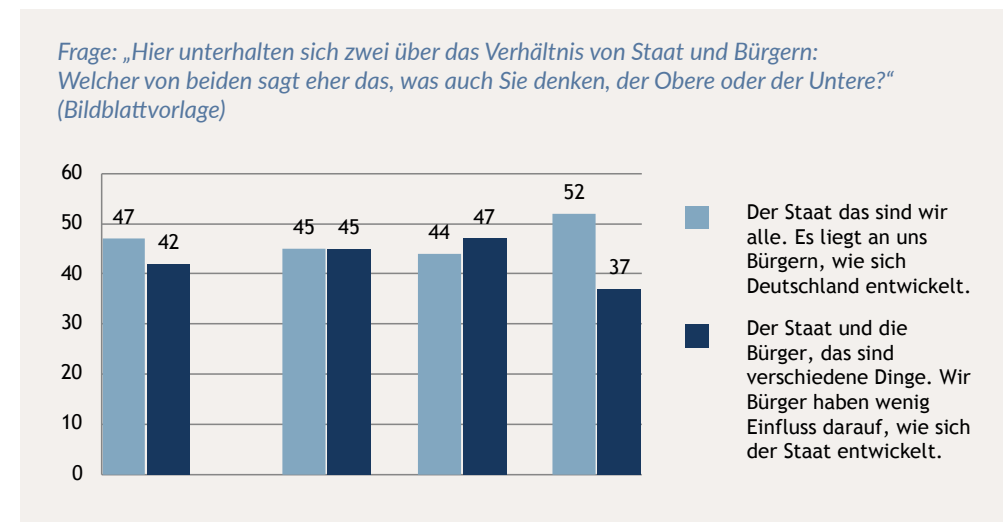
Die Kluft zwischen den Bildungsgruppen in Deutschland ist nicht sehr groß

Bemerkenswert gering sind bei der Frage nach dem Verhältnis der Bürger zum Staat die Unterschiede der Antworten der verschiedenen Bildungsgruppen.

Zwar sind Personen mit Abitur oder einer Hochschulausbildung deutlich häufiger als andere Befragte der Ansicht, dass es letztlich an den Bürgern liegt, wie sich der Staat entwickelt, doch die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind gradueller, nicht fundamentaler Natur.

Das bedeutet, dass es durchaus eine Aufgabe der politischen Bildung ist, die Position der Bürger in der Demokratie und mit ihr die damit verbundene Verantwortung zu verdeutlichen, doch letztlich entwickelt sich die Haltung der Bürger gegenüber dem Staat in der gesamten Gesellschaft, über alle sozialen Schichten hinweg.

Einstellung gegenüber dem Staat – Analyse nach Schulbildung



Nur 22 Prozent haben Vertrauen in Parteien

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl 2021 hat das Institut für Demoskopie Allensbach die Frage gestellt, wie groß das Vertrauen der Deutschen gegenüber einer Auswahl Erfahrungen mit dem Staat und seinen Institutionen ist.

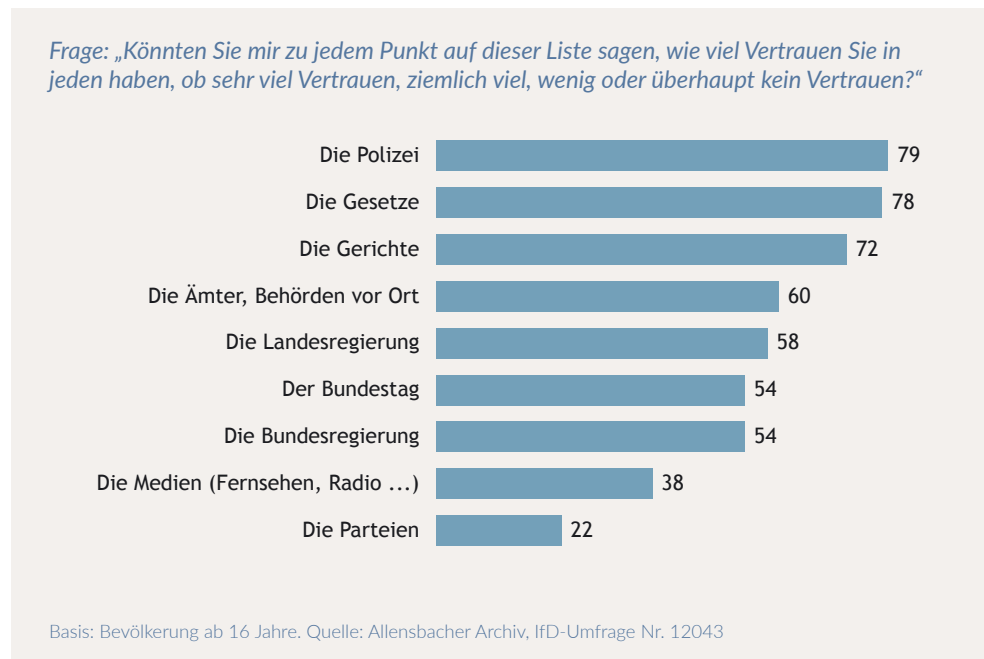
Unverändert hoch ist das Vertrauen gegenüber der Polizei, den Gesetzen sowie den Gerichten.

Auch nach den massiven Eingriffen in die persönliche Freiheit im Zusammenhang mit Corona begegnet etwas mehr als jeder Zweite noch mit Vertrauen sowohl der Bundesregierung als auch dem Bundestag.

Von Vertrauen in die Parteien kann mit 22 Prozent im Herbst 2021 nicht wirklich gesprochen werden.

Vertrauen in Institutionen

(Antwort: „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen)



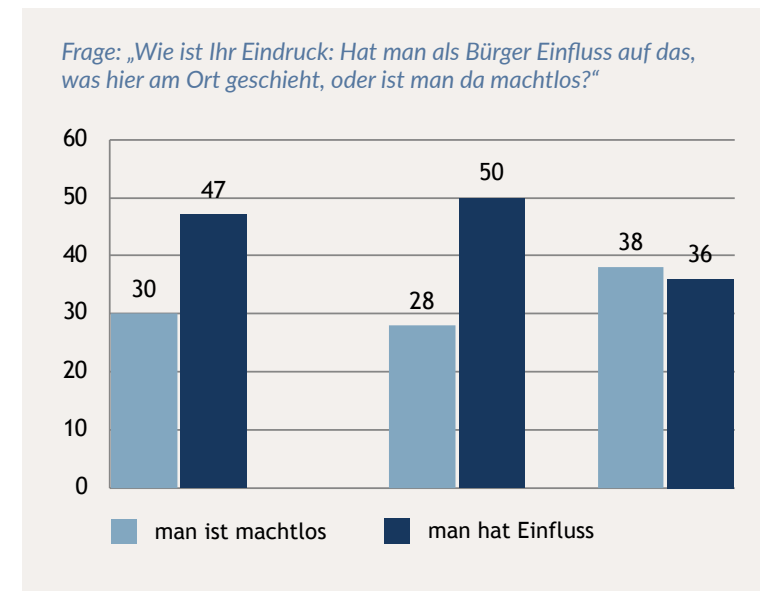
2021 empfinden erstmals mehr Deutsche, dass sie Einfluss haben

Wie sehr sich das Verhältnis der Bürger zum Staat in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, lässt sich gut am Beispiel der Frage „Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?“ illustrieren.

Seit 1992, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, ist der Anteil der Befragten, die antworten, man habe durchaus als Bürger Einfluss, von 22 auf 47 Prozent gestiegen.

Die Zahl derjenigen, die umgekehrt sagten, der Bürger sei da machtlos, ist von 55 auf 30 Prozent gesunken.

In den knapp drei Jahrzehnten seit der Deutschen Einheit hat sich damit das Bild der Bürger über ihre eigene Rolle im Staat, deutlich gewandelt.



Subjektives Freiheitsempfinden

(Anteil derjenigen, die die Punkte 8 bis 10 wählen (auf einer Skala von 0–10))

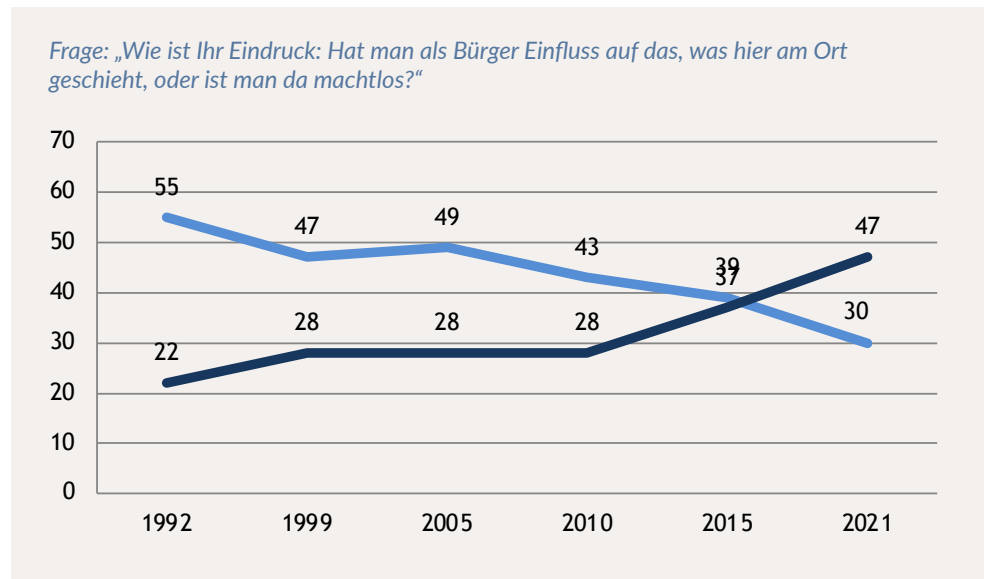
Hat man als Bürger Einfluss? Der Ost-West-Vergleich

Auch bei der Frage, ob man als Bürger Einfluss auf die Geschehnisse am eigenen Wohnort hat, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher.

Doch auch bei dieser Frage lässt sich deutlich erkennen, wie sehr die Einstellung der Bürger zum demokratischen Staat das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses ist: Auf den ersten Blick erscheinen die Unterschiede zwischen Ost und West bei dieser Frage groß zu sein, doch auf den zweiten Blick erkennt man, dass die Antworten der Befragten in Ostdeutschland denen der Bevölkerung in Deutschland insgesamt von vor nur sechs Jahren gleichen (siehe die Grafik auf S. 22).

Nicht die Tatsache, dass sich Ost- und Westdeutsche bei solchen Fragen noch deutlich unterscheiden, ist bemerkenswert, sondern die Tatsache, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung bei Fragen dieser Art langsam, aber stetig an die westdeutsche Einschätzung annähert.

Hat man als Bürger Einfluss?



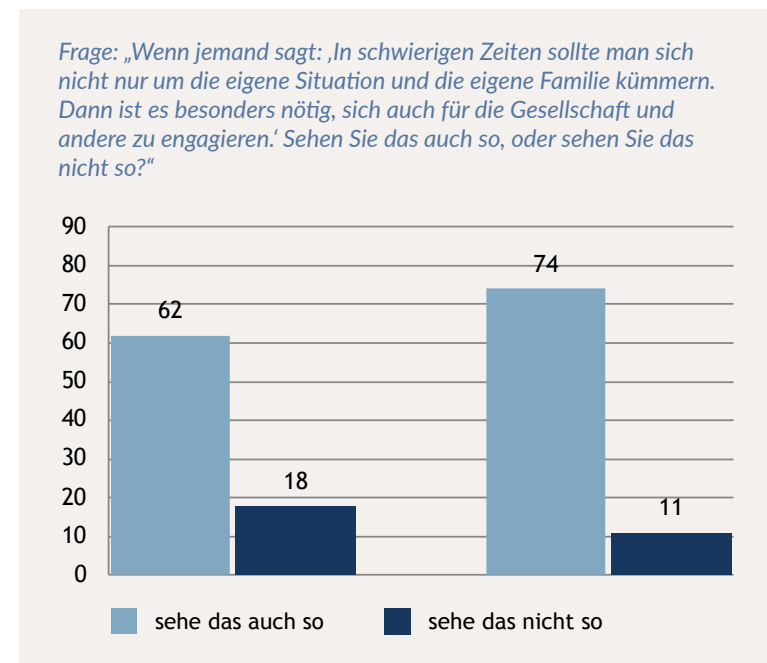
Pflicht zum Engagement nimmt 2021 zu

Zusätzlich wird bei Fragen zum Thema bürgerlichen Engagement deutlich, dass die Gesellschaft keineswegs, wie oft behauptet wird, immer egoistischer und rücksichtloser wird, sondern dass umgekehrt die Zahl derjenigen, die sich engagieren deutlich zunimmt.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die Reaktionen auf die These „In schwierigen Zeiten sollte man sich nicht nur um die eigene Situation und die eigene Familie kümmern. Dann ist es besonders nötig, sich auch für die Gesellschaft und andere zu engagieren.“ Bereits im Jahr 2012 stimmte eine sehr klare Mehrheit von 62 zu 18 Prozent der Aussage zu.

Man kann spekulieren, inwieweit diese Antworten von sozialen Normen geprägt sind, doch es bleibt bemerkenswert, dass bis zum Jahr 2021 die Zahl derer, die der Aussage beipflichten, noch einmal deutlich auf 74 Prozent gestiegen ist.

Nur noch 11 Prozent sagten 2021, dass sie der These ausdrücklich nicht zustimmten.



Pflicht, sich zu engagieren
(An 100 fehlende Prozent: Unentschieden)

Egoismus ist 2021 weiter auf dem Rückzug

Es ist bezeichnend, dass auch die Gegenthese zu mehr Engagement für die Gesellschaft die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung findet.

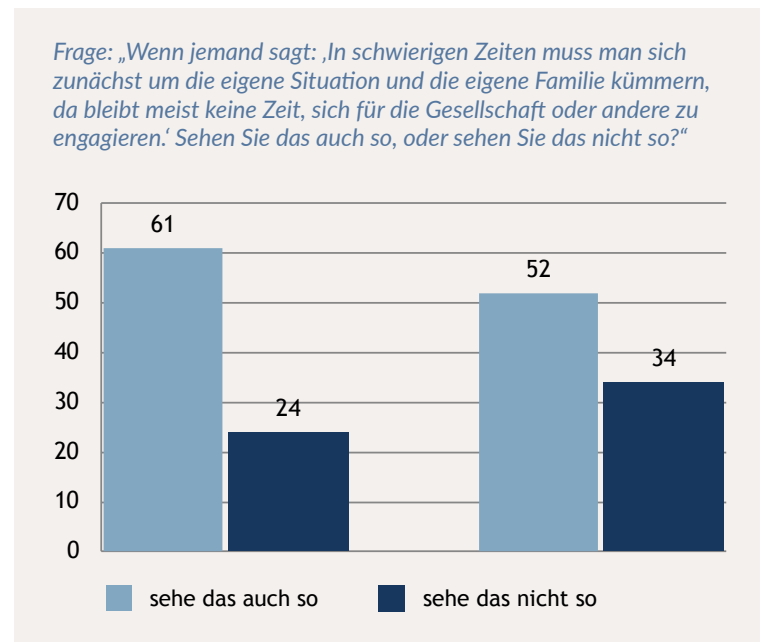
Der Aussage „In schwierigen Zeiten muss man sich zunächst um die eigene Situation und die eigene Familie kümmern, da bleibt meist keine Zeit, sich für die Gesellschaft oder andere zu engagieren“ stimmten 61 Prozent im Jahr 2012 zu, nur 24 Prozent widersprachen.

Dieses Ergebnis illustriert zunächst die häufig zu beobachtende Inkonsistenz der Antworten in Umfragen. Die meisten Menschen haben keinen Grund, sich um die logischen Konsequenzen ihrer Antworten tiefe Gedanken zu machen.

Doch auch hier ist der Trend aufschlussreicher als das absolute Niveau der Antworten: Im Juli 2021 sagten ‚nur‘ noch 52 Prozent der Befragten, man müsse sich in Krisenzeiten um sich selbst kümmern. Die egoistische Position ist auf dem Rückzug.

Eigeninteresse „first“?

(An 100 fehlende Prozent: Unentschieden)



Roland Schatz

DIE DEUTSCHEN LEIT-MEDIEN ENTDECKEN ERST 2020/2021 WIEDER DIE WERTEDEBATTE FÜR SICH (UND IHR PUBLIKUM)

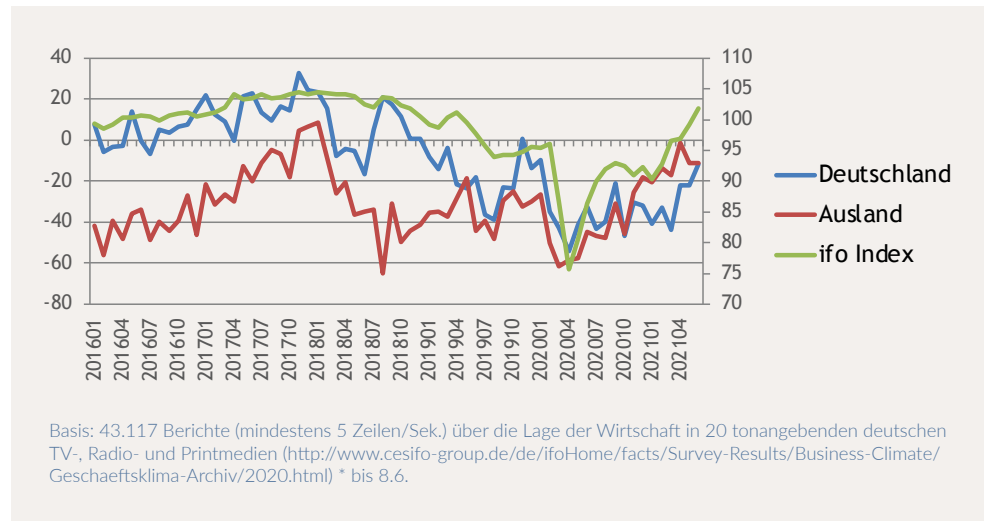
Freiheit für die Leitmedien zu lange kaum ein Thema

Die in Kapitel 1 und 2 gezeigten Umfragen könnten nun nicht nur Ausdruck der Lebenserfahrungen sein, sondern auch ein Reflex dessen, was die Leute vom Leben ‚der anderen‘ sehen.

Dies wird seit Jahren beim Vergleich der Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie die ALLGEMEINE wirtschaftliche Lage“ mit der Frage nach der EIGENEN wirtschaftlichen Realität deutlich: Während es bei der ersten Frage ständig wechselnde Antworten gibt, ist die Einschätzung der eigenen ökonomischen Wirklichkeit seit 30 Jahren konstant: Wirtschaftlich schlecht geht es immer ca. sieben Prozent. Wer die Antworten nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage mit dem Informationsangebot der Leitmedien gegenüberstellt, sieht Zusammenhänge: Kommen BILD, FAZ oder SPIEGEL überwiegend zu dem Ergebnis, dass es der Wirtschaft gut geht, antworten die Menschen entsprechend in den Umfragen. Sehen die gleichen Deutschen in den Leitmedien vor allem Entlassungen, Streiks oder Kurseinbrüche an den Börsen, dreht die Antwort ins Gegenteil. Selbst der ifo-Index lässt sich mit dem Mediensentiment zuverlässig vorhersagen.

Berichterstattung über Wirtschaftslage und ifo-Index verlaufen synchron

Bewertung der Lage der deutschen Wirtschaft in deutschen Medien / ifo-Geschäftsklimaindex



Über Freiheit und Werte erfahren die Medienkonsumenten herzlich wenig

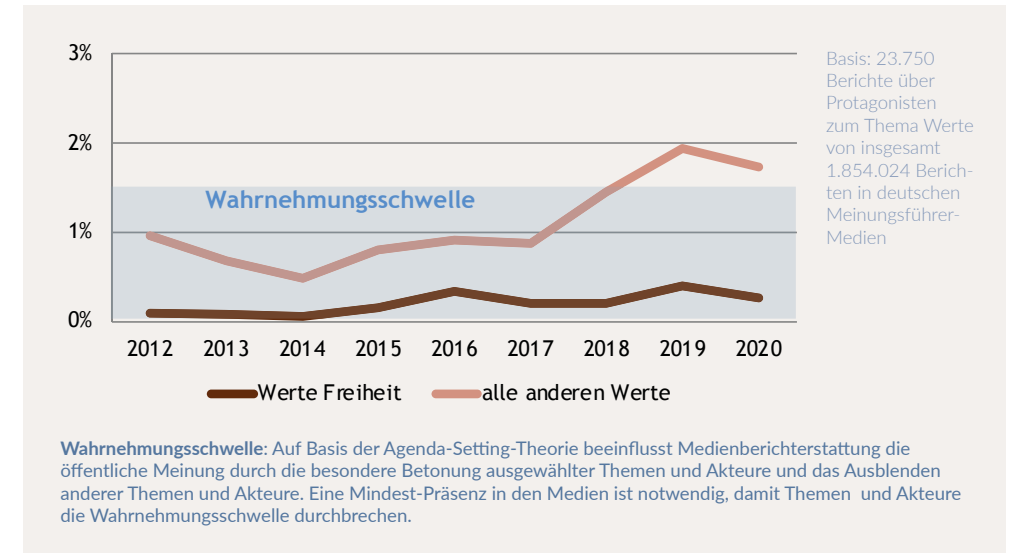
Nachdem die gemeinsamen Studien mit den Konjunkturprognose-Experten des ifo-Institutes mögliche Wechselwirkungen zwischen dem Mediensentiment einerseits und den monatlichen Umfragen andererseits nicht länger ausschlossen, wurde die Agenda-Setting-Forschung auf andere Fragestellungen ausgeweitet: die Impfbereitschaft, die Einstellungen gegenüber Muslimen oder die Einstellungen der Deutschen, ob sie die Integration der Migranten schaffen würden – oder eben nicht.

Von daher lag es nahe, auch bei den Fragen zum Freiheitsempfinden in Deutschland die Daten aus der kontinuierlichen Medieninhaltsanalyse mit hinzu zu nehmen. Wie sichtbar sind überhaupt Werte im allgemeinen und die verschiedenen Freiheitsrechte, wenn die Deutschen sich über den Zustand im eigenen Land über ihre Leitmedien informieren?

Über die letzten zehn Jahre drangen Beiträge zu Werten erst in den letzten zwei Jahren über die Wahrnehmungsschwelle. Und was nicht ‚gesehen‘ wird, dem wird zunächst wenig Bedeutung eingeräumt. So gesehen lag Joachim Gauck 2012 nicht falsch.

Wertedebatte nimmt insgesamt mehr Raum ein

Anteil von Themen zu Freiheitswerten im Vergleich zu allen anderen Werten, 2012–2020



Pressefreiheit wird langsam als Problem erkannt

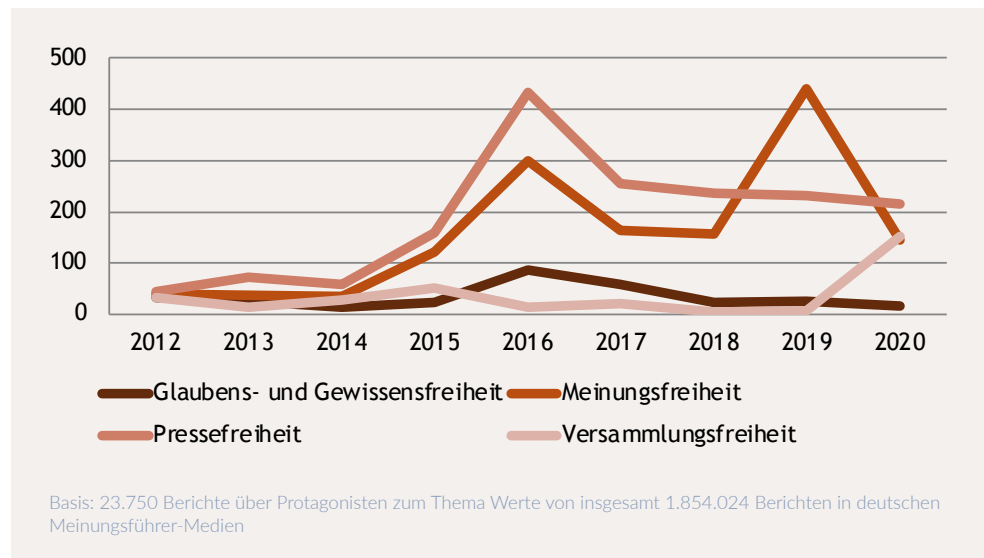
Und selbst da, wo mit der Pressefreiheit unmittelbar die eigenen Arbeitsbedingungen betroffen sind – zunächst in der Berichterstattung über die Eingriffe des Erdogan-Regimes – dauerte es lange, bis darüber jenseits der Wahrnehmungsschwelle informiert wurde.

100 Beiträge pro Jahr mögen auf den ersten Blick viel erscheinen – bei einer Gesamtmenge von 20 Leitmedien bedeutet dies gerade einmal fünf Berichte pro Medium – also noch nicht einmal ein Hinweis alle zwei Monate. Diese Beiträge überhaupt zu sehen, geschweige denn zu lesen, liegt im Bereich des Zufalls.

Als die Covid-19-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen vermehrt Menschen auf die Straße trieben, wurde dies oft als demokratiefeindliche Aktion von Irren dargestellt, anstatt darin zunächst einmal den für die Demokratie und vor allem die Freiheit so wichtigen Akt der Meinungsäußerung zu erkennen. Dabei sind Demos in erster Linie ein Frühindikator, dass Menschen ihre Sicht – auch in den Medien – nicht mehr wahrgenommen fühlen.

Versammlungsfreiheit im Corona-Jahr stärker auf der Agenda

Medienpräsenz von aus gewählten Themen zu Freiheitswerten, 2012–2020



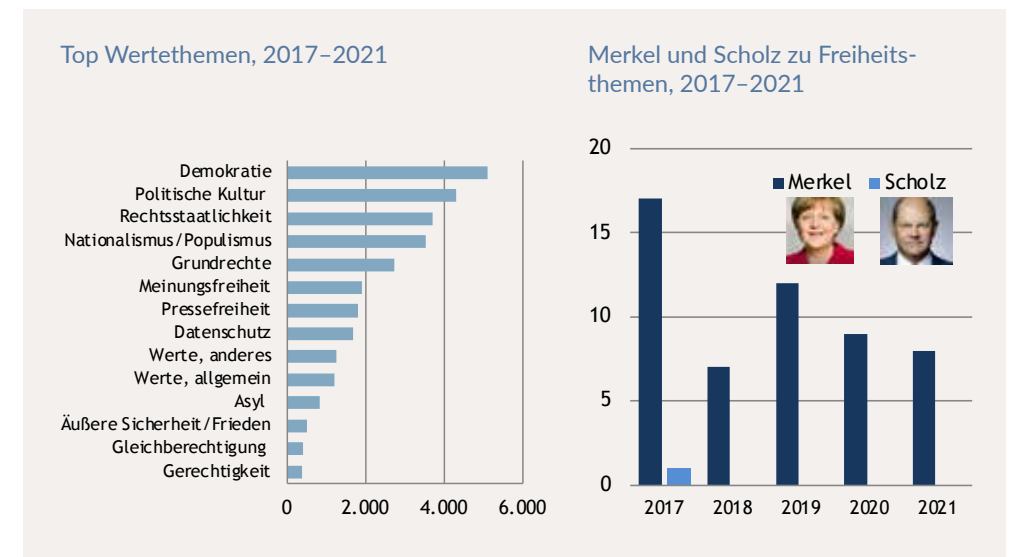
Freiheit weder für Merkel noch für Scholz ein großes Thema

Zum Ende der letzten Legislaturperiode unter der Ägide von Angela Merkel nehmen die Rückblicke auf ihre Zeit im Kanzleramt zu. In der WELT wurde darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die Reden, mit denen die Kanzlerin ihr Handeln in den 16 Jahren den Menschen zu erläutern versuchte, insbesondere „eine Herausforderung für das Publikum“ darstellten. Mit anderen Worten: Neben der Tatsache, dass – nicht nur dem Autor – es schwer fiel, sich an eine besondere Rede von Angela Merkel zu erinnern, die für sie und oder die Regierung stand, kam noch gewichtiger hinzu, dass, wenn sie das Wort ergriff, dies in einer Form geschah, dass kein Funke übersprang.

Die hier gezeigten Daten illustrieren, dass ausgerechnet in der letzten Legislaturperiode mit den einschneidendsten Maßnahmen in die Freiheit von Parlament, Unternehmen, Krankenhäuser, Schulen, Familien und Kinder, die Kanzlerin zwar mit Hinweise auf die Einhaltung der Abstandsregeln überall präsent war, aber herzlich wenig mit Themen wie Freiheit. Der Vize-Kanzler noch weniger.

Weder Merkel noch Scholz waren in den Medien zu Freiheit sichtbar

Anzahl der Passagen



Freiheit bleibt für Tagesschau, Heute und SPIEGEL unter der Wahrnehmung

„Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.“ Mit dieser Selbsterkenntnis überraschte Claus Kleber vier Monate nach dem Ausbruch der Covid-19-Krise das Publikum. Leider nicht in seiner eigenen Sendung, dem Heute Journal. Auch nicht bei einer Sitzung des hauseigenen Fernsehrautes. Sondern bei einer Veranstaltung der Heraeus Bildungsstiftung im Juni 2020.

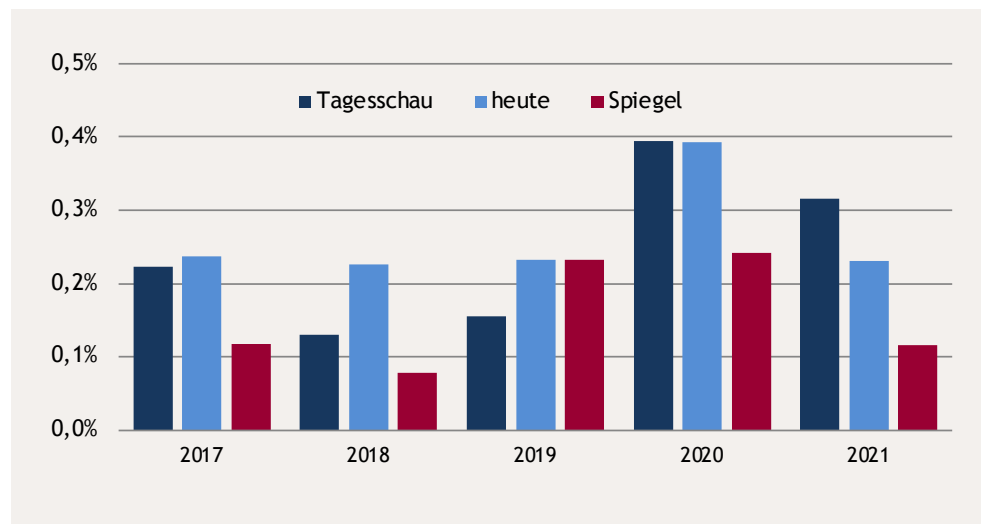
In diesem Sinne ist es natürlich dann nicht wirklich überraschend, wenn in den Hauptnachrichtensendungen des ZDF Freiheitsthemen ähnlich selten angesprochen wurden, wenn schon Kanzlerin und Vize-Kanzler diesen Themen kaum Aufmerksamkeit schenkten – siehe Vorseite.

Roland Schatz

LEUCHTTÜRME IN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER FREIHEIT

TV-Nachrichten entdecken in Corona-Pandemie Freiheitswerte

Tagesschau, heute, Spiegel zu Freiheitsthemen, 2017–2021 (Anzahl der Passagen)



Medien beginnen mit Werten zu punkten

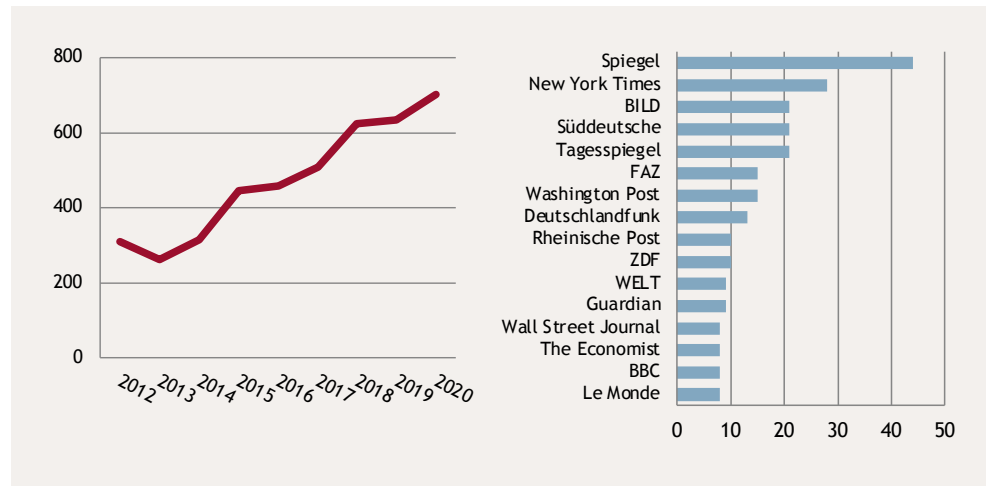
Ein Trend ist in den letzten zehn Jahren jedoch klar zu erkennen: Nicht erst seit den Covid-19-Maßnahmen hat in den deutschen Leitmedien wieder eine ausführlichere Berichterstattung über Werte stattgefunden.

Ein erster Indikator für diese Entwicklung ist die Verdreifachung von Zitationen in den 40 von Media Tenor tagtäglich ausgewerteten Leitmedien, wo neben den Hinweisen auf Inhalte von anderen Medien auch die Themen dieser Hinweise ausgewertet werden. Da Journalisten ausgesprochen ungern auf Inhalte der Wettbewerber um Neuigkeiten hinweisen, ist diese Entwicklung hervorzuheben.

Die Rangliste wird in Deutschland vom SPIEGEL angeführt, an zweiter Stelle verweisen die deutschen Medien auf Wertedebatten, die in der NEW YORK TIMES geführt wurden und den dritten Platz teilen sich BILD, die SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG und der Berliner TAGESSPIEGEL. Der Anstieg in den letzten vier Jahren deutet darauf hin, dass dies auch Auswirkungen auf den Freiheitsindex haben wird.

Spiegel am häufigsten zitiert in Wertedebatte

Zitate zu Wertethemen im Zeitverlauf / meistzitierte Medien zu Wertethemen, 1/2020–6/2021 (Anzahl Zitate zu Wertethemen)



WamS wird zum Forum für Werte

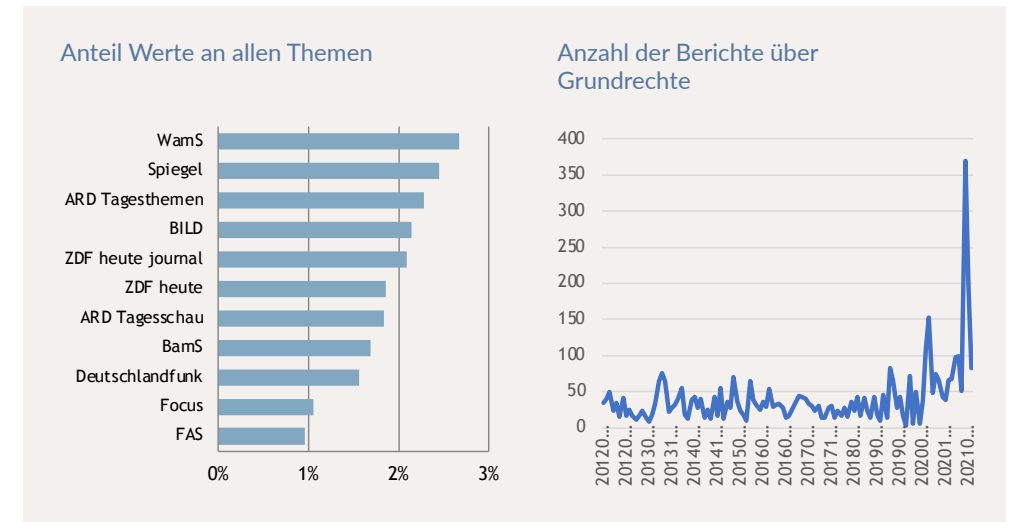
Der steten Analyse ausgewählter Leitmedien zufolge, mit der Tag für Tag, Woche für Woche, ALLE Beiträge, die in den TV- und Radionachrichten von ARD, ZDF und DLF sowie alle Textbeiträge, die im Politik und Wirtschaftsressort der aufgeführten Printmedien in den letzten 18 Monaten erschienen sind, haben sich insbesondere die Redaktionen von der WELT am Sonntag, des SPIEGELS sowie der ARD Tagesthemen mit Werten wie der Freiheit beschäftigt.

Dieses stete Raum-Bieten für ausgewählte Themen ist erst die Grundlage, um dann mit den dort angebotenen Inhalten von anderen wahrgenommen zu werden.

Insofern ist es keine Überraschung, dass der SPIEGEL auf der Vorseite auch einen vorderen Rang beim Zitate-Ranking bei der Wertedebatte einnimmt. Und wer als Redaktion mit seinen Inhalten morgens beim Deutschlandfunk, tagsüber in den anderen Printmedien und dann abends in den TV-Nachrichten sichtbar ist, der wird für die nächsten Anbieter von exklusiven Inhalten attraktiv.

WamS, Spiegel und Tagesthemen bieten meisten Raum für Werte

Anteil Berichterstattung über Werte, 1/20–6/21 / Präsenz Berichte über Grundrechte 2012–2021



Wenn Pegida für Werte und Freiheit steht, dann hat Deutschland ein Problem

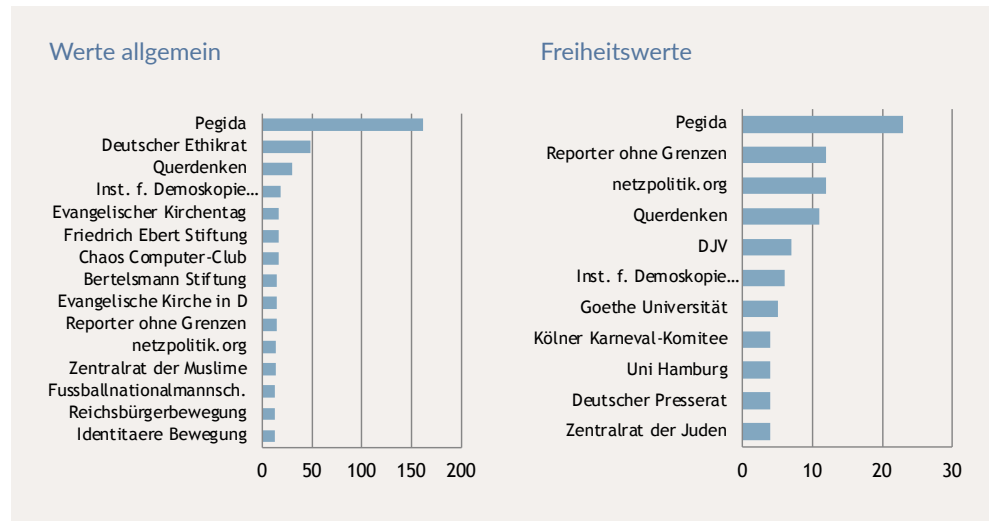
Problematisch wird es, wenn die Anlässe zur Berichterstattung über Freiheit in erster Linie durch Anlässe oder Institutionen ausgelöst werden, die nicht auf den ersten oder zweiten Blick als Leuchttürme für die entsprechenden Werte wahrgenommen werden (können).

Die herausragende Position von Pegida und den ‚Querdenkern‘ kam nicht deshalb zustande, weil deren Positionen zu Werten und Freiheit im Zentrum der Berichte standen, sondern die im Zusammenhang mit den Demonstrationen aufgetretenen Rechtsbrüche.

Ohne Covid-19 wüssten die meisten Deutschen wohl kaum, dass es einen Ethikrat überhaupt gibt. Dass dieser dennoch nur ein Drittel der Medien-Aufmerksamkeit erreicht wie die Pegida-Demos, ist ein Ergebnis für sich selbst. Mit der seit 2020 beobachteten Zunahme der Berichte über Werte werden diese Event-Getriebenen Resultate abnehmen und Platz für mehr Vielfalt entstehen.

Radikale Gruppierungen geben den Ton an

NGOs und Institutionen jenseits der Parteien zu Wertethemen / Freiheitswerten (mit Bezug zu Deutschland), 2012–2021 (Anzahl der Passagen)



Marx vor Kant, Lucke vor Falter

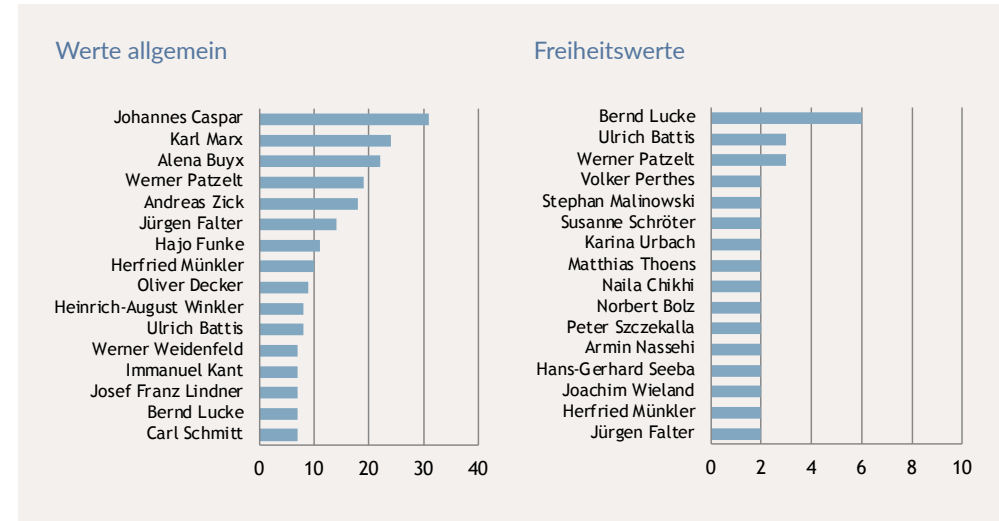
Die geringe Intensität der Berichterstattung zur Freiheit in den deutschen Leitmedien findet auch darin seinen Niederschlag, dass noch immer Bernd Lucke die Liste der Wissenschaftler anführt, die im Zusammenhang mit Freiheitsthemen in den letzten zehn Jahren von BILD bis SPIEGEL aufgegriffen wurden.

Dabei zeigen die Forschungsteams von Prof. Meinhard Miegel in Bonn oder Prof. Michael Eilfort in Berlin Jahr für Jahr, welche unmittelbaren Konsequenzen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein Leben in Freiheit im Alter haben – um nur zwei zu nennen.

Dass Karl Marx oben auf der deutschen Medienagenda als Referenz in Beiträgen zu Werten in Deutschland zu finden ist, während Immanuel Kant in letzten zehn Jahren eher noch dankbar sein muss, dass er überhaupt Erwähnung findet, wird Joachim Gauck ebenfalls eher als Bestätigung seiner These nehmen, dass in der Bundesrepublik für viele die Besitzstandswahrung heimlich als neuer Artikel 1 in ihrer mentalen Verfassung Einzug gefunden hat.

Wertedebatte kaum durch wissenschaftlichen Diskurs mitgeprägt

Wissenschaftler zu Wertethemen / Freiheitswerten (mit Bezug zu Deutschland), 2012–2021 (Anzahl der Passagen)



Das Medienbild zur DDR ändert sich

Wer die aktuellen Bilder aus Afghanistan verfolgt, bekommt ein unmittelbares Gefühl dafür, wie Menschen sich fühlen, wenn sie um die elementaren Werte fürchten müssen.

Als Frank Walter Steinmeier bei den Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des Baus der Mauer daran erinnerte, dass Freiheit und Demokratie nicht naturgegeben sind, hatten nur wenige seiner Zuhörer die Chance, aus persönlichem Erleben seine Worte erfassen zu können. Um so wichtiger ist die Rolle der Medien, die für die Menschen Augen und Ohren sein sollten, weil diese natürlich nicht überall präsent sein können, um sich persönlich einen Eindruck zu verschaffen.

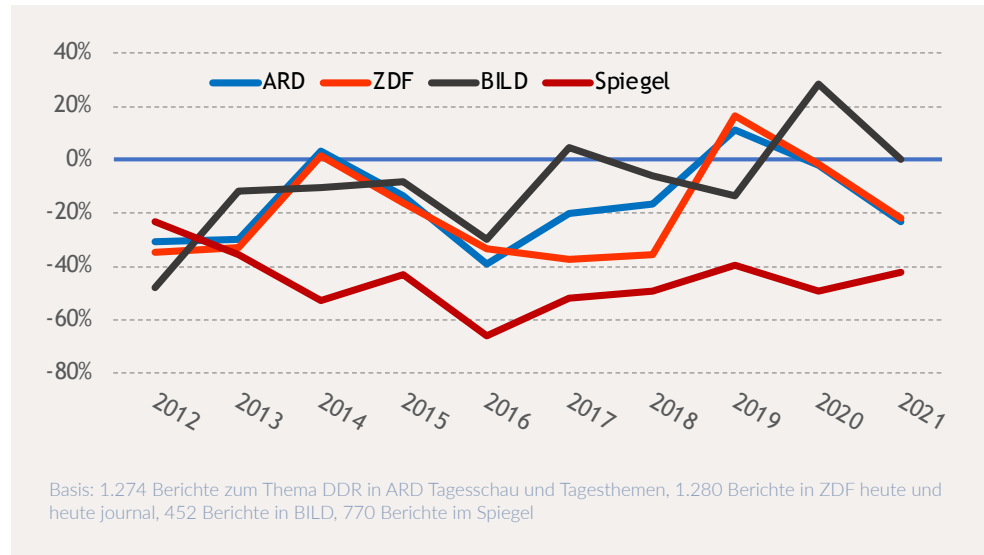
Das Leben mit oder ohne Freiheit könnten die Deutschen auch in den Berichten über die eigene Vergangenheit in der DDR erfahren. Doch außer zu den üblichen Gedenkfeiern sind kaum noch Beiträge in den deutschen Leitmedien zu finden, obwohl vieles von heute Geschehenem ohne diese Vergangenheit kaum zu verstehen ist. Um so mehr verblüfft, wie bei ARD und ZDF die Darstellung der DDR ist mehr und mehr ins Positive dreht.

Roland Schatz

**DER FREIHEITSINDEX
BRICHT 2021 EIN**

Darstellung der DDR dreht bei ARD und ZDF-Nachrichten ins Positive

Bewertung von Protagonisten zum Thema DDR im Zeitverlauf, 1/2012–7/2021
(Saldo der +/- Berichte)

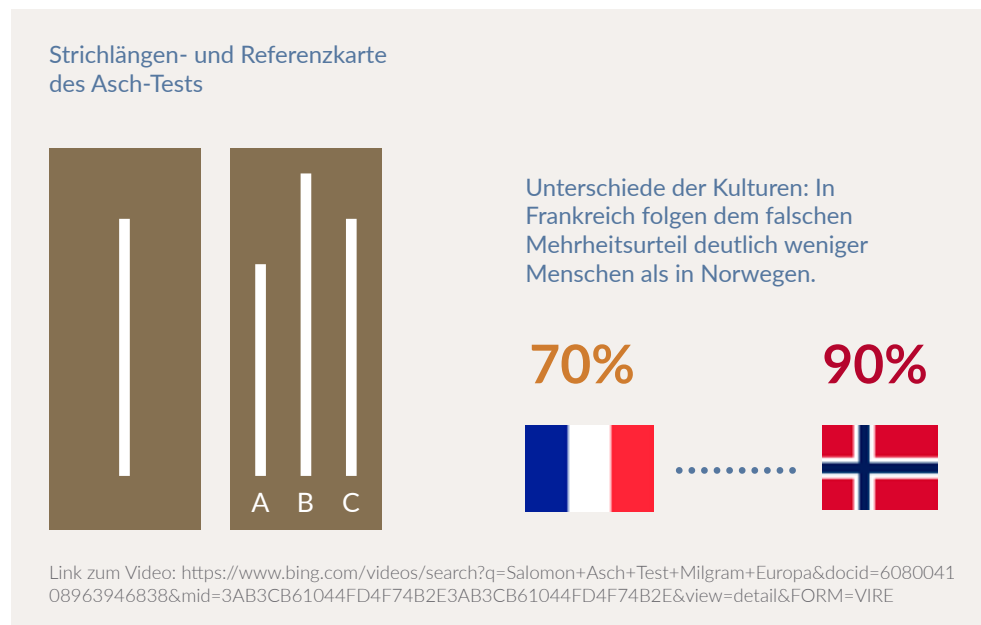


Asch-Test zum TV-Triell

Salomon Asch führte nach Ende der Nazi-Diktatur einen Test durch, um den Einfluss von Gruppendruck zu messen. In einer klassischen Situation an Universitäten gab er Karten mit drei Strichen aus, von denen zwei unterschiedlich zum Strich auf der Referenzkarte sind. Die einfache Frage: Welcher der drei Striche ist genauso lang wie der Strich auf der Referenzkarte?

Ehe der Test begann, wurde ein Mitglied der Testgruppe vom Professor gebeten, kurz in sein Arbeitszimmer zu gehen, um ein dort liegen gelassenes Buch zu holen. In der Abwesenheit vereinbarte dann der Lehrer, dass er zunächst fünf Mitglieder der Klasse bei Rückkehr der Testperson nach der Übereinstimmung der Strichlängen fragen würde. Vereinbart wurde, dass alle Eingeweihten die gleiche falsche Antwort geben. Anschließend wurde die Testperson gefragt. Je nach Land und Kultur unterschied sich die Antwort, aber in der Regel folgten und folgen bis heute 70–90 Prozent der Testpersonen dem falschen Urteil der Mehrheit. Das Resultat verbessert sich, wenn die Testperson schriftlich antworten darf.

Das Konformitätsexperiment von Asch und die Resultate in den Ländern



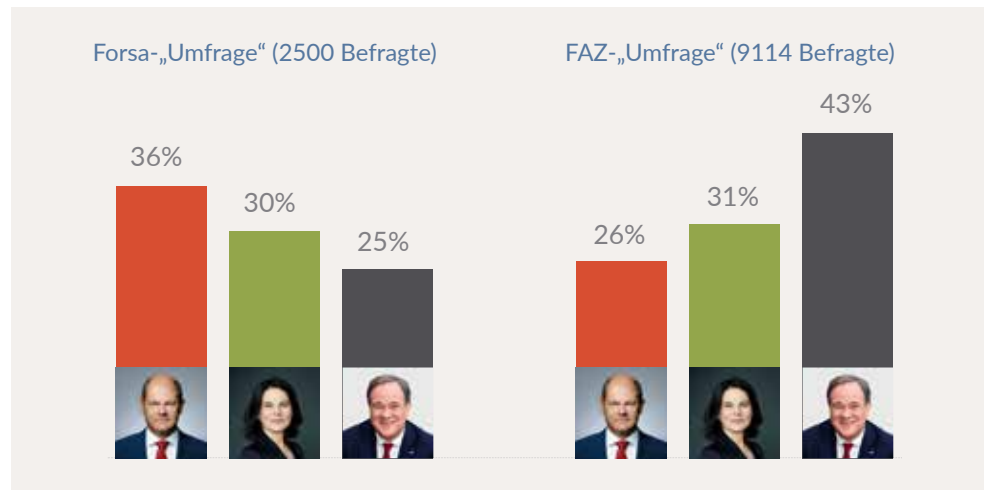
Was der Test bei der simplen Frage, welche der drei Linien mit der Standardlinie übereinstimmt, ergibt, konnte am 29.8.2021 vor einem Millionen-Publikum wiederholt werden: Welcher Kandidat für die Bundestagswahl hatte wohl beim TV-Triell – ausgerichtet durch den Sender RTL – am besten abgeschnitten? Die Debatte war über 100 Minuten ausgesprochen ausgeglichen und fair durch die Moderation von Pinar Atalay und Peter Klöppel geführt worden. Im Anschluss sagten sechs Experten, was sie gesehen hatten. In Übereinstimmung mit anderen Plattformen wie DER SPIEGEL kamen diese Experten zu dem offensichtlichen Resultat: Alle drei Kandidaten hatten die Gelegenheit genutzt, um für ihre Positionen zu werben, niemand glänzte, niemandem waren große Fehler unterlaufen. Bis zur Werbepause bestand große Einigkeit in dieser Einschätzung. Doch nach der Werbepause wurde dann eine vermeintlich repräsentative Umfrage präsentiert, die plötzlich einen Gewinner verkündete: den Vertreter der Partei, die maßgeblich zur Gründung des beauftragten Meinungsforschungsinstitutes 1993 beigetragen hatte.

Als das Resultat bekanntgegeben wurde, entstand eine Situation, als sollte der Asch-Test erstmals live durchgeführt werden: Eingangs war allen Experten das Staunen über die Zahlen anzusehen, wie wenig dies mit dem eigenen Eindruck einherging. Doch je länger die Sendung lief, desto mehr schlugen sich die „Experten“ auf die Seite der „Meinungsumfrage“ – anstatt ihrer eigenen Expertensicht zu folgen.

Die Umfrage stellten sie nicht in Frage. Auch nicht am Folgetag, als zum Beispiel BILD glaubte, mit diesen für alle überraschenden Daten auf Seite 1 aufmachen zu müssen. Erst als am Folgetag die FAZ online ihre Leser zur gleichen Frage aufrief und das Gegenteil als Resultat zu sehen war – siehe folgende Grafik – und Journalisten der Frage nachgingen, ob FORSA für RTL tatsächlich nach Kriterien der Repräsentativität die Umfrage direkt nach dem Triell durchgeführt hatte, änderte die BILD ihren Bericht.

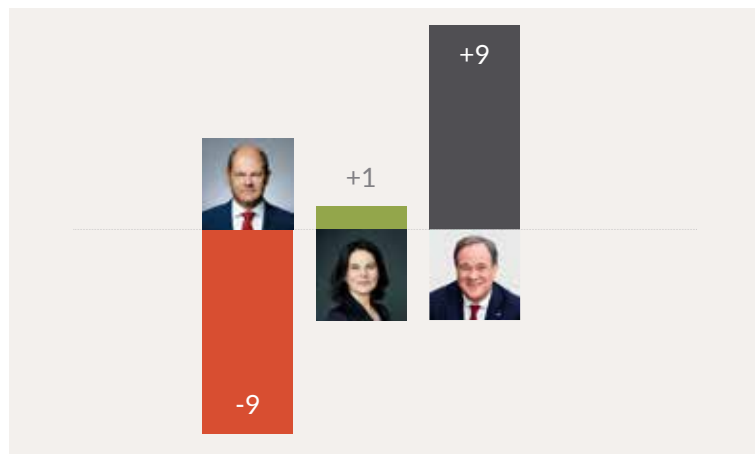
Nun würde jeder davon ausgehen, dass dies insbesondere im Vorfeld der verbleibenden zwei TV-Triellen auf Seiten der Medien zu mehr Vorsicht führen würde. Aber als ARD und ZDF zwei Wochen später ihr Triell ausstrahlten, wurden im Nachgang bei ARD und ZDF zwei unterschiedliche Resultate bei den vermeintlich repräsentativ durchgeführten Umfragen gezeigt: In der Reihenfolge der Zuordnung gab es Übereinstimmung, aber nicht in den Zahlen – die eben auch jenseits der Fehlerquote sich deutlich unterschieden.

Entscheidend ist offenbar, wer wen fragt: unterschiedliche Ergebnisse von Forsa und FAZ



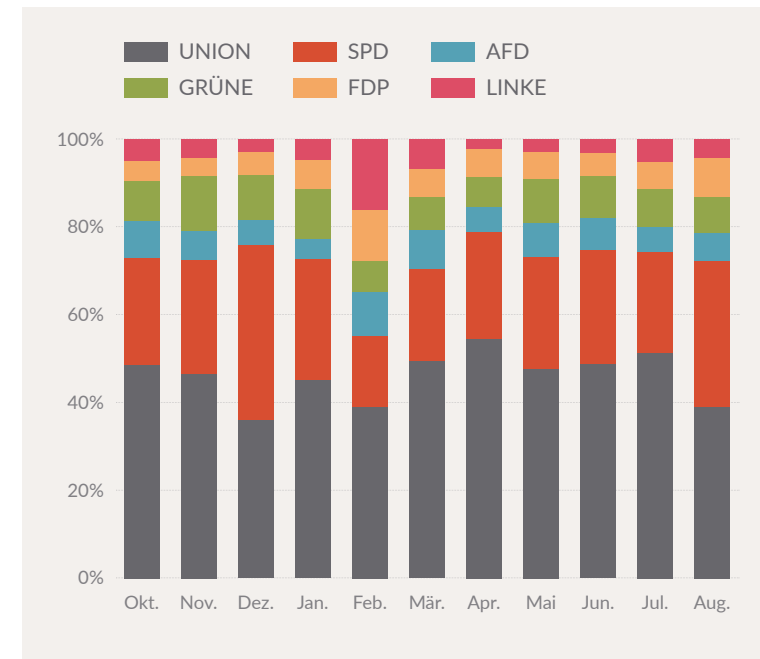
Zudem irritierte, dass allein das ZDF die entscheidende Frage gestellt hatte: Wem der drei war es gelungen, das Publikum nach der Sendung zu einem besseren Urteil von sich zu überzeugen? Nur ein Kandidat hatte innerhalb der 100 Minuten neun Prozent der Zuschauer verloren: Olaf Scholz. Dennoch wurde er als vermeintlicher Sieger des Triells vermittelt. Doch dieses Resultat stand nicht im Zentrum der Nach-Debatte.

Nur das ZDF fragte: Wer überzeugt die meisten Zuschauer?



Aber es führte in den Leitmedien zunehmend zu Berichten, die einem Asch-Test-Effekt – verursacht durch die extreme Horse-Race-Berichterstattung im 2021 Bundestagswahlkampf – nachgingen, ohne dies genau so zu bezeichnen. Dies ist deshalb wichtig, da ausgerechnet FORSA vor dem Landgericht in Wiesbaden eine Klage erstinstanzlich gewonnen hat, um Resultate der Briefwahl noch vor dem Wahltag nutzen zu dürfen.

Wird dieses Urteil nicht korrigiert, wird ein weiteres Mal die Freiheit des Wahlvolks in einer Weise beeinflusst, wie dies von der Verfassung nicht vorgesehen ist: Jeder und jede Wahlberechtigte muss in den Stand versetzt werden, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Situationen wie die im Asch-Test dokumentierten stehen diesem Konzept der freien Meinungsbildung im Vorfeld von Wahlen diametral gegenüber.



Anteil der Berichterstattung über Parteien 10/2019–08/2020 (Basis: 24.116 Berichte über Parteien und ihre Politiker in deutschen Meinungsführer-Medien)

Die Grafik gibt einen ersten Eindruck, warum welche Parteien in den Meinungsumfragen zulegen und andere abnehmen. Während der Legislaturperiode scheint dies nicht wichtig, je näher der Wahltag rückt, desto stärker werden die von den Medien in Auftrag gegebenen Umfragen nicht

nur zum dominierenden Faktor in der Berichterstattung über die zur Wahl stehenden Parteien (Horse Race), der Self-Fulfilling-Prophecy-Einfluss war selten so sichtbar wie 2021. Prof. Frank Brettschneider hat in der Pressemitteilung vom 14.9.21 auf die Gefahren der umfragegetriebenen Wahlberichterstattung aufmerksam gemacht.

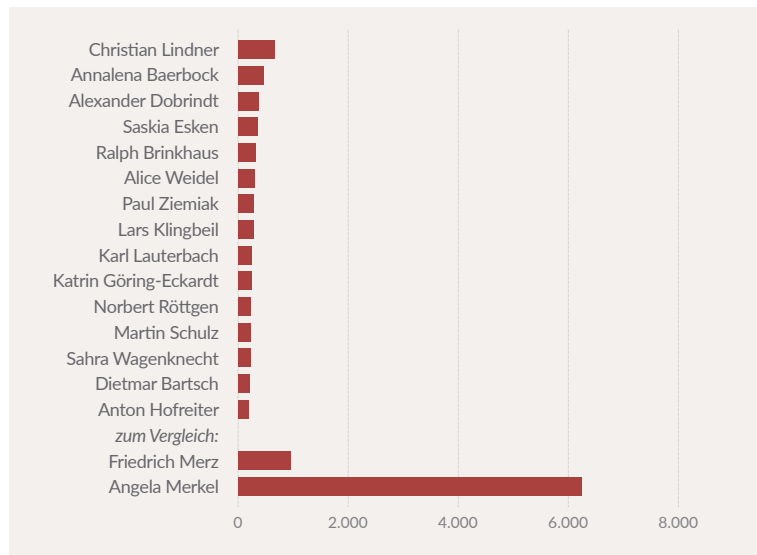
Was für Parteien gilt, ist für die Wahrnehmung der Volksvertreter um so gravierender: Das Parlament insgesamt erhielt nicht erst in der Corona-Zeit nur 10 Prozent der Sichtbarkeit, wenn deutsche Leitmedien über Politik informieren.

Wer wen wie repräsentiert ist für das Wahlvolk in Deutschland zumindest über deren dafür zuständigen Leitmedien nicht nachvollziehbar, wie die Daten der kontinuierlichen qualitativen Medieninhaltsanalyse dokumentieren. Wenn der Souverän noch nicht einmal die von ihm oder ihr gewählten Vertreter in einer gewissen Regelmässigkeit sehen und hören kann, wie soll da der Eindruck der Repräsentation aufkommen?

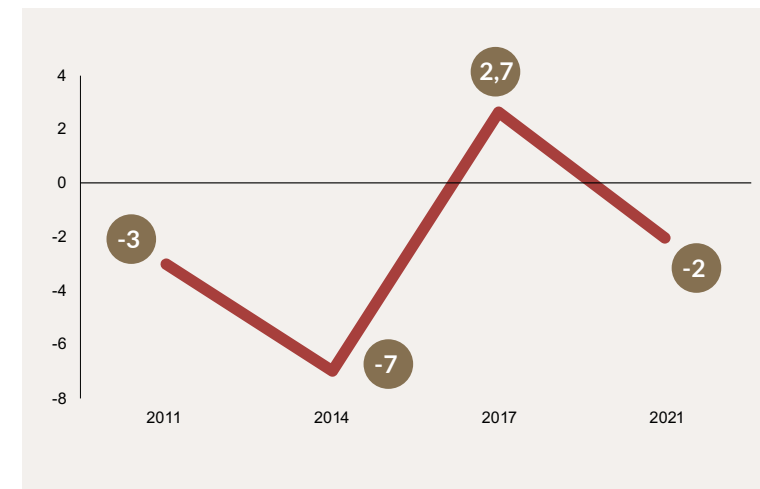
Solange Friedrich Merz, der dem Bundestag nicht angehört, drei bis vier Mal so viel Sichtbarkeit erhält wie die Fraktionsvorsitzende der AfD oder der Fraktionsvorsitzende der PDS, ist es schwer das Argument der einseitigen Nachrichtenauswahl zu entkräften.

Medien-Präsenz von Parlamentariern (ohne Kabinett), 03/2018–08/2020

(Basis: 141.207 Berichte über aus- und inländische Politiker in deutschen Meinungsführer-Medien)



Der Zugang zu Informationen, die Qualität der dargestellten Informationen und der öffentliche sowie veröffentlichte Diskurs über beide dürfte einer der Gründe dafür sein, warum Deutschland im Vergleich mit 11 anderen Staaten in der EU den schlechtesten Platz belegt – siehe Umschlagseite 2. Die für das European Council on Foreign Relations erhobenen Daten vom Sommer 2021 sind sicherlich nur ein erster Stimmungsindikator, dem weitere wissenschaftliche Studien folgen müssen, aber sie bestätigen einen Trend, dem auch der Freiheitsindex für Deutschland – dank der erheblichen Vorarbeiten von Prof. Ulrike Ackermann und Dr. Thomas Petersen – auf den Grund gehen wird. Denn der Einbruch um fünf Punkte von plus 2,8 auf nun minus 2 im Sommer 2021 innerhalb einer Legislaturperiode ist alarmierend genug. Je breiter die Forschungsallianz für die weiteren Arbeiten am Freiheitsindex aufgestellt ist, umso besser.



Der Freiheitsindex Deutschland bricht 2021 ein

Roland Schatz

FREMDBESTIMMT STATT SELBSTBESTIMMT

AMTSARZT IN AUGSBURG VERLIERT ANSTELLUNG NACH KRITIK AN MARKUS SÖDER

Der Leiter des Gesundheitsamts Aichach-Friedberg hat zunächst intern, dann öffentlich die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung zur Bekämpfung der Corona-Krise infragegestellt. Friedrich Pürner kritisiert unter anderem Massentests, die Gesunde zu Kranken machen, und Communitymasken ohne echte Schutzwirkung. Sein Einspruch hat ihn den Job gekostet, aber viel Aufmerksamkeit und Anerkennung eingebracht. Im Interview bekräftigt er seine Haltung:

Herr Pürner, seit ein paar Wochen bekleiden sie also eine neue Funktion im Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), nachdem Sie zuvor als Chef des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg mit wiederholter Kritik an der Corona-Politik von Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) für Aufsehen gesorgt hatten – und deshalb Ihren Stuhl räumen mussten. Können Sie in Ihrer neuen Position jetzt weniger Schaden anrichten?

Pürner: Ich kann nicht erkennen, welcher Schaden durch meine Kritik entstanden ist. Vielmehr wollte ich ja gerade dadurch möglichen Schaden abwenden, indem ich meine Einwände auch öffentlich formuliert habe. Wenn ich Fehler im System erkenne, dann bin ich jageradezu zur Kritik verpflichtet. Ein Schaden mehr ist im Übrigen durch meine Abordnung an meinem ehemaligen Gesundheitsamt entstanden und eventuell sogar an der mir anvertrauten Bevölkerung. Denn gerade in so einer prekären Situation, in der die Gesundheitsämter am Limit sind, kann die Versetzung des Amtsleiters, der in einem gut eingespielten Team arbeitet, keine gute Idee sein.

Mit Dr. Friedrich Pürner sprach Ralf Wurzbacher. Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/201208_Der_Stoerenfriedrich_Ein_Amtsarzt_widerspricht_Markus_Soeder_und_wird_zwangsisoliert_NDS.mp3



754.895 DEUTSCHE VERLIESSEN DAS LAND IM SALDO

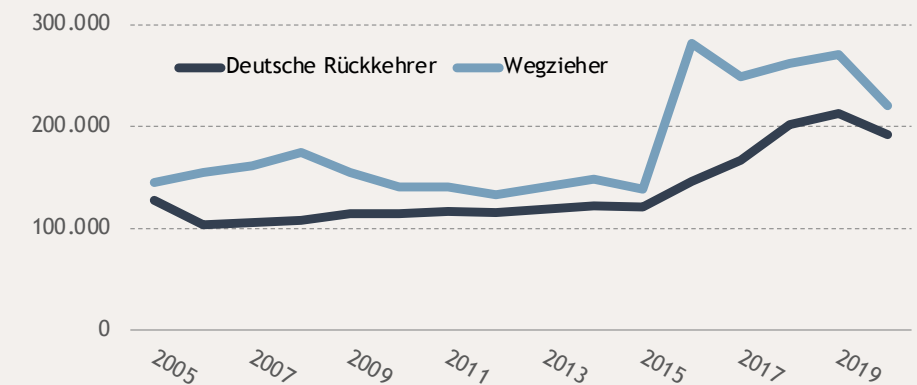
Am 17. Juli 2021 erläuterte der Schriftsteller Matthias Politycki ausführlich in der FAZ, warum er glaubt, nicht länger in Deutschland leben zu können: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/schriftsteller-geht-ins-ausland-wegen-der-regulierung-der-sprache-17440750.html>

Politycki ist einer von 754.895 Menschen mit deutschem Pass, die im Saldo während der Regierungszeit von Angela Merkel der Bundesrepublik Deutschland den Rücken kehrten und im Ausland nun einen neuen Versuch unternehmen, heimisch zu werden. Die jährlich publizierten Daten des statistischen Bundesamtes weisen seit 2005 einen „Negativ-Saldo“ von 754.895 Deutschen aus, die dem Beispiel von Matthias Politycki folgen.

Die Beweggründe sind so vielfältig wie die Gesamtzahl groß ist: Im Prinzip hat Deutschland die Stadt Frankfurt verloren. Würde dies von einem auf den anderen Tag oder innert eines Monats geschehen, würde dies Schlagzeilen machen. So bleibt die Abstimmung mit den Füßen nahezu unbemerkt.

Seit Angela Merkels Regierungsantritt ist der Saldo stetig negativ

Deutsche Einwanderungsstatistik, 2005–2020



Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Zum Wesen der Unternehmer gehört, dass sie etwas unternehmen und nicht unterlassen. Diese Eigenschaft ist nicht allein auf die Wirtschaft reduziert – was aber längst nicht dazu führte, dass sie ein Mehrheitsphänomen darstellt.

Schon lange vor Corona litten diese Minderheiten unter der massiven Zunahme von bürokratischen Regeln, die das Unternehmen allzu oft in ein Unterlassen zwingen. Nachdem Edmund Stoiber wegen fehlender 8000 Stimmen im Wahlkampf 2002 erkannte, dass seine Wirkungskraft in Deutschland nicht mit einem für ihn adäquaten Amt enden würde, verschrieb er sich der Herausforderung, die er in der Begegnung mit den Menschen auf den Marktplätzen der Republik als das Drängendste empfand: den Wust der Vorschriften zu verringern, der den Menschen die Luft zum Agieren nimmt. Da in Berlin nur noch 40 Prozent aller für Deutschland relevanten Gesetze beschlossen werden, ging er an die Quelle des Problems: Brüssel. 20 Jahre später wird in Interviews deutlich, dass ein Stoiber allein nicht ausreicht. Die Regulierungsmaschinerie läuft geschmierter denn je.

Einer dieser Unternehmer aus dem Süden der Bundesrepublik sah vor gut fünf Jahren die Chance, sein florierendes Unternehmen noch weiter ausbauen zu können. Schon die Vorfahren hatten bestimmt, dass die Firma ihre Herkunft nie verleugnen lassen sollte und so blieb der Mittelständler auch in 3. Generation dem Grundsatz treu und entwickelte die Pläne für den Bau des dritten Werkes ebenfalls in der Heimat. Nachdem in den ersten beiden Werken schon 1.500 Menschen Arbeit gefunden hatten, sollte die neue Produktionsstätte sechs Kilometer entfernt vom Stammbetrieb errichtet werden. Vor dreieinhalb Jahren wurde der Bauantrag eingereicht. Die Genehmigung wurde bis heute nicht von den zuständigen Behörden erteilt.

Dies ist kein Einzelfall. Die Tatsache, dass solche Probleme während des Wahlkampfes 2021 dennoch so selten sichtbar werden (und damit für die Wähler eine Grundlage für ihre Entscheidung liefern, wem sie das Vertrauen für die Leitung des Landes in den kommenden vier Jahren bieten) hat auch darin seinen Grund, dass Wirtschaft und Deutschland trotz aller Erfolgsgeschichten kein Love-Affair geworden ist. Trotz jahrzehntelanger Anläufe ist ein Fach „Unternehmen“ an den Schulen genauso wenig zu finden wie das Verständnis: ohne Menschen, die bereit sind, das Risiko der Verantwortung zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf sich zu nehmen, gibt es selbige nicht.

Der Unternehmer aus dem Süden, dem Beamten seit über 42 Monaten eine Antwort verweigern, ist nicht nur in der weiteren Entwicklung sei-

nes Unternehmens blockiert. Großvater und Vater wären stolz beim Blick auf das Schaffen der jüngsten Generation: Wie so oft, war die Firma mit Lösungen für Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft entstanden. Das Alltagsprodukt hatte dank intelligenter Erfindungen für viele Deutsche zum Traum beigetragen, in eigenen vier Wänden aufwachsen zu können. Und für 1500 Mitarbeitenden Arbeit und Lohn für deren selbstbestimmtes Leben sichergestellt. Obwohl das Patent schon vor drei Dekaden ausgelaufen war, hatte die Enkelgeneration einen typisch deutschen Weg gefunden, den Betrieb nicht ins günstiger produzierende Ausland zu verlagern, sondern dank klassischer Tugenden der Region wie pünktliche Liefergarantie und herausragenden Service in der Beratung die Standort-Nachteile mehr als kompensieren können. So erfolgreich, dass das Unternehmen im Jahr 2021 Kunden nun auch in 41 weiteren Ländern zu Frieden stellt.

Doch nun steht alles in Frage: was als Wachstum gedacht und nötig war, führt zur existentiellen Bedrohung. Da das Kernversprechen, bei Kundenanfrage innert kürzester Zeit die Ware auch an die entlegendsten Winkel dieser Welt zu liefern, nicht mehr gehalten werden kann, da das dritte Werk nicht steht, bleibt dem deutschen Unternehmer seit einigen Monaten nichts anderes übrig, als seinen guten Kunden den Kauf beim Wettbewerber zu empfehlen. Ob diese irgendwann, wenn er wieder liefern kann, zu ihm zurückkehren, ist fraglich. Unterm Strich haben Beamte im Süden der Bundesrepublik, ausgerechnet im ländlichen Raum, durch ihr jahrelanges Unterlassen eine Situation geschaffen, die 1500 Jobs gefährdet.

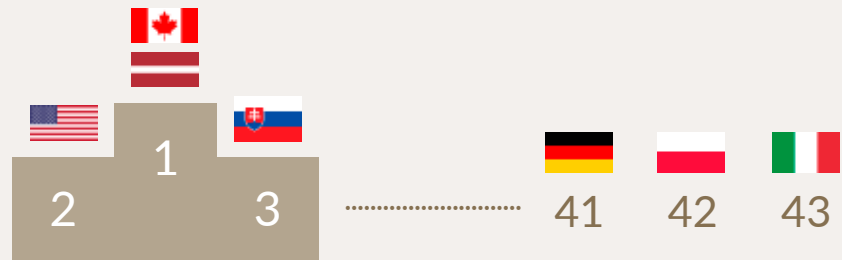
Anstatt mit diesem Unternehmer für die Menschen in der Region eine Basis zu schaffen, dass aus 1500 Arbeitsplätzen demnächst 2000, 2500 oder 3000 werden.

Da dieses und die unzähligen weiteren Beispiele der Regulierungswut einerseits und der Akzeptanz des Nicht-Handelns in dem Amtsstuben kein Geheimnis sind – nur Journalisten scheinen daraus wenig Antrieb für Berichterstattung zu empfinden – ist die Bereitschaft der Deutschen, dem Vorbild des Unternehmers aus dem Süden der Republik mit einer eigenen Firma Folge zu leisten, auf einen historischen Tiefstand gefallen: im internationalen Vergleich ist die Gründungsquote in Deutschland auf Platz 41 von 43 regelmäßig untersuchten Ländern gefallen.

Wenn bestehenden Unternehmen wie dem Beispiel aus Süddeutschland derartige Blockaden für den Weiterbetrieb der Firma zugemutet werden und wenn gleichzeitig die Entscheidung zum Unternehmen sich

Gelebte Freiheit am Beispiel von Unternehmensgründungen in Deutschland

Bei Firmengründungen belegt Deutschland Rang 41 von 44 untersuchten Ländern. Mit 4,8 Prozent liegt die Gründungsquote in der Bundesrepublik 2020 auf dem Niveau von 2018 (5 Prozent). 2019 hatte die Rate das historische Hoch von 7,6 Prozent erreicht.



Quelle: Der Global Entrepreneurship Monitor (GEM) Länderreport des Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RKW) in Eschborn und das Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz-Universität Hannover wird jährlich im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt. Die Resultate basieren auf Befragungen von weltweit 135.942 Bürgern, von denen 3.003 in Deutschland leben. Dazu kamen Interviews mit 1.821 Gründungsexperten in 44 Ländern, von denen 72 aus der Bundesrepublik stammen.

immer öfter in ein Unterlassen kehrt, dann können Versprechen seitens der Politik zu 12 Euro Mindestlohn als nichts anderes interpretiert werden, als was sie sind: ungedeckte Checks auf die Zukunft ausstellen. Ein krimineller Akt.

Denn die Politiker, die mit diesen Versprechen im wahrsten Sinne des Wortes auf Wählerfang glauben gehen zu können, haben in ihrem eigenen verantworteten Umfeld ausreichend Gelegenheit gehabt, den derzeit aktuellen Mindestlohn für die von ihnen mit dem Steuergeld der Gemeinschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Aber sie haben es unterlassen, dies zu tun.

Auch wenn die detaillierten Untersuchungen zur Frage, warum in Deutschland der Freiheitsindex in der laufenden Legislaturperiode so massiv eingebrochen ist, noch ausstehen, so wird einer der Gründe in dem durch die politischen Maßnahmen der Corona-Krise liegen, die quasi den Lichtschalter andrehen und das Dunkel des Unterlassens in so vielen Amtsstuben je ans Licht rissen.

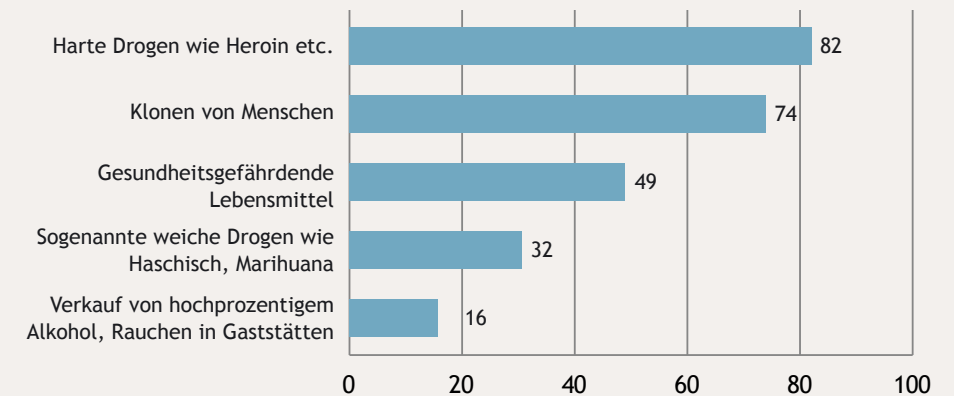
Die über Jahrzehnte „kultivierte“ Haltung des Unter-Lassens, des Problem-Sichtens statt Problem-Lösens wurde in der Folge der im März 2020 von der Politik getroffenen Entscheidungen in einer Weise transparent, wie dies zuvor nicht geschehen war: massive Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse hatte es auch schon früher gegeben – unter Verweis auf gesundheitliche Notwendigkeiten. Insbesondere das Gastgewerbe in Deutschland hat bis heute nicht wirklich verstanden, warum nicht sie als Unter-Nehmer für sich und ihre Kunden lebensnahe Lösungen entwickeln durften, um zwei Ziele zu realisieren: das Primat sauberer Luft und das Bedürfnis vieler, zum Essen und Trinken auch dem Genuss des Rauchens nachgehen zu können.

Wer auf die im Sommer 2021 durchgeführte Umfrage nach den Verbotsvorschlägen des Deutschen schaut, erkennt sofort, wie wichtig in Ost wie West der Schutz der Gesundheit ist. Entsprechend stehen ganz oben auch im Bedürfnis der Deutschen die Verbote von extremen Drogen – siehe Abbildung:

Der Ruf nach Verboten – Gesundheit

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)

Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Aber nur eine kleine Minderheit ist der Überzeugung, dass der Genuss von Alkohol als auch Tabak zu verbieten sei. Dennoch dürfen Gaststätten, Hotels und andere Gewerbe, deren Produkt das Angebot eines angenehmen Lebens außerhalb der eigenen vier Wände ist, für das Rauchen keine Lösung mehr anbieten, während für das Trinken der Eingriff in das selbstbestimmte Leben (noch) nicht ausgeübt wurde.

Der Blick über die Landesgrenzen nach Österreich zeigt, dass dort dem Gastgewerbe ein relativer Freiraum gewährt wird, für die beiden Ziele eine Lösung anzubieten.

Wie können diese Übergriffe gegen die Grundsicherung des Eigentums überhaupt geschehen? Das Kapitel zum Einbruch des Freiheitsindex verweist auf die Studie von Salomon Asch, in der dieser der schieren Allmacht von Gruppendruck nachgeht – siehe Seite 40.

Je weiter sich die Bundesrepublik Deutschland von ihrem Start im Jahr 1949 wegbewegt, desto unklarer scheinen die Grundlagen der Verfassung, die die Gründungsväter der Republik als unantastbar definiert hatten. Dies ist im Geiste von Friedrich Nietzsche menschlich, um nicht zu sagen: allzu menschlich.

Schon Goethe schrieb uns ins Stammbuch: „Was Du ererbst von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“ Doch dieser Erwerb ist zeitintensiv – um das Mindeste zu sagen.

Und so haben sich über die Jahrzehnte Routinen entwickelt, die langsam aber stetig dazu führten, dass Gruppendruck quasi auf der gleichen Ebene stehen kann wie die Verfassung. Und um aus Gruppendruck hier und da Gesetze werden zu lassen, ist noch leichter zu realisieren, als gleich eine ganze Verfassung zu ändern.

Seit 1994 bestehen Daten, in welchem Verhältnis den Deutschen bestimmte Inhalte oder Interessengruppen über die Leitmedien sichtbar werden. Seit gut dreißig Jahren steht ungefähr neun Beiträgen über Gewerkschaften ein Beitrag über Unternehmensverbände gegenüber. Rein zufällig ist dies der gleiche Prozentsatz, mit dem in Zeitungen, TV und Radio über Regierung vs. Parlament informiert wird. Wenn der Souverän aber nur noch selten das Leben im eigenen Land aus Sicht der Unternehmen bzw., des Parlaments kennenlernt, wie kann sich dann ein Verhältnis, gar ein Verständnis zur Wirtschaft und zum Parlament entwickeln?

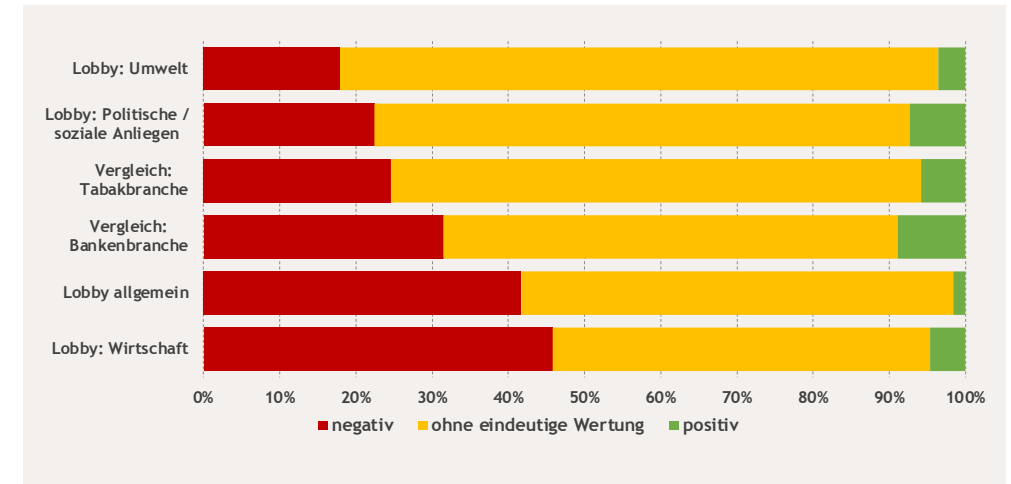
Um ein anderes Beispiel zu geben: woher kommt die aktuelle „Liebe“ der Deutschen zum Elektromotor? Die Rede ist nicht von echten Verkaufszahlen, denn unverändert entscheiden sich die Bundesbürger zu 94 Prozent für Motoren, die ihren PKW mit Benzin oder Diesel vorantreiben.

Aber ist das auch die „Wirklichkeit“, die sie in ihren Leitmedien zu Gesicht bekommen? Nein, dort ist das Verhältnis nahezu umgedreht: Wer in den letzten drei Jahren die Zeitung aufschlug, die Morgennachrichten im Radio und die Abendnachrichten im TV verfolgte, bekam 90 Prozent Beiträge über Elektromotoren zu sehen und die verbleibenden 10 Prozent beschäftigten sich mit Benzin oder Diesel.

Was täglich vor die Augen geführt wird, ist Gegenstand der Diskussion in den Kantinen, Sitzungen und daheim beim Abendbrot. Was nicht sichtbar ist, droht im besten Fall, verloren zu gehen. Im ungünstigeren Fall entstehen Gesetze. Zu Lasten dessen, was wenig oder gar nicht sichtbar ist. Das geschieht dann besonders schnell, wenn das Wenige, was sichtbar ist, auch noch überwiegend negativ daher kommt.

Die folgende Grafik illustriert, wie seit Jahren in den deutschen Leitmedien über die Interessenvertretungen der Wirtschaft berichtet wird.

Gute Lobby – schlechte Lobby: Bewertung ausgewählter Akteursgruppen (Basis 1.511.571 Berichte über Akteure in 22 tonangebenden deutschen TV-, Radio- und Printmedien, 1.1.2015 bis 31.8.2016)



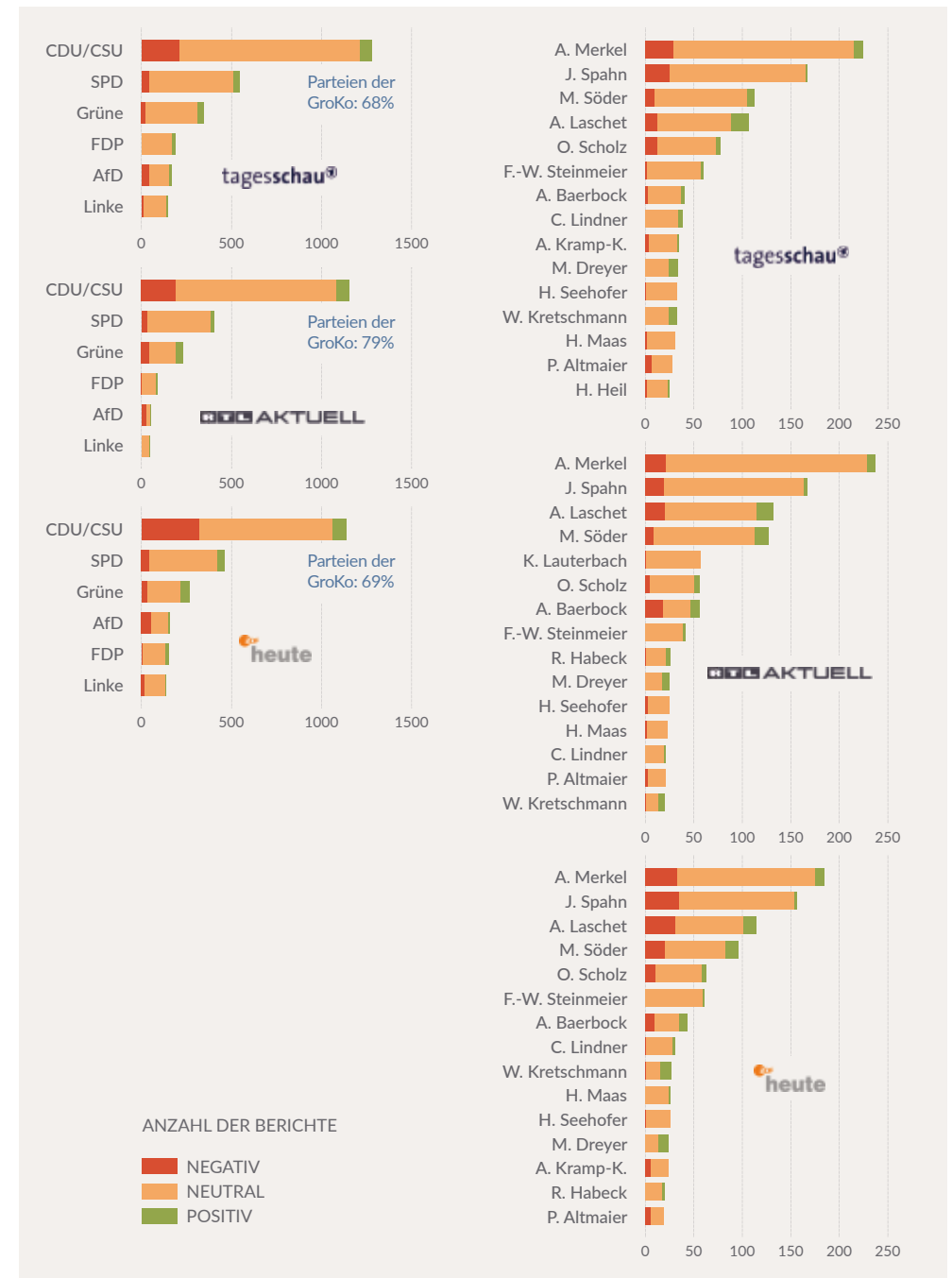
Diejenigen, die tagaus und tagein sich bei der Legislative und Executive um Verbesserungen im Bereich Klimaschutz einsetzen, werden von den Redaktionen genau so begleitet, wie dies der Konsument von Infor-

mationsmedien erwarten darf: was zu kritisieren ist, wird kritisiert, was eine Entwicklung zum Besseren verspricht wird gelobt und alles andere wird neutral begleitet. Aber warum sind diese Grundprinzipien des Journalismus nur denjenigen gesichert, die sich für Firmen einsetzen, die im Klimaschutz tätig sind – und nicht für die anderen? Ist das Erzeugen von Lebensmitteln und die damit verbundenen Arbeitsplätze, Forschung etc. von geringerem Wert? Wer entscheidet das?

Und wann wurden diese Entscheidungen auf Basis welcher Grundlagen getroffen?

Wenn privatrechtlich organisierte Medien wie FAZ oder SPIEGEL diese Entscheidungen treffen, ist das deren Risiko. Aber was ist mit ARD, Deutschlandfunk und dem ZDF? Deren Informationsangebot unterscheidet sich kaum von RTL (siehe Grafik auf der rechten Seite) und wir wissen nichts von Entscheidungen, die wann von wem auf welcher Grundlage so getroffen wurden, dass dieses Informationsangebot dabei heraus kommt.

Claus Kleber hat sich mit Blick auf die Leistung seiner Sendung, dem HEUTE JOURNAL und seinem Sender, dem ZDF im Anschluss an den Ausbruch von Corona klar geäußert: „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.“ Aber ist seit dem Sommer 2020, als er dies sagte, im Angebot seines HEUTE JOURNALS wirklich wieder „der Job“ gemacht worden – oder hat sich nichts geändert?



650.000 SELBSTSTÄNDIGE GEBEN SEIT 2014 AUF

Viel zu wenig bemerkt von der Öffentlichkeit verschwindet Selbständigkeit. Es sind nicht spektakuläre Insolvenzen, sondern vor allem stille Geschäftsaufgaben. Nach 150.000 Verlusten 2020 drohen weitere 150.000 in diesem Jahr. Dann wird es 650.000 weniger Selbständige geben als noch 2014.

Corona ist ein Killer für Selbständigkeit, vor allem die Einseitigkeit der Corona-Hilfen. Der GF in seiner eigenen GmbH bekommt sein Geschäftsführer Gehalt, der Vorstand mit hohem sechsstelligen Gehalt wird vergütet; der Soloselbständige aber bekommt nichts – oder wenn überhaupt – Harz IV. Diese Einseitigkeit muss sich vor allem der Bundesfinanzminister auf die Fahnen schreiben. Er blockierte von Anfang an gerade die Hilfen für die kleinen Selbständigen – warum werden die Überbrückungshilfen verlängert, nicht aber die Neustarthilfe mit maximal 7.500 Euro für sechs Monate für Soloselbständige?

Deutschland hat ehrgeizigste Klimaziele, die wird nicht die Großindustrie allein lösen können. Innovation und Ideen haben vor allem kleine agile erfinderische Gründer. Hier kommen Ideen und Leidenschaft her, hier starten große Geschichten ganz klein. Ein Land der Angestellten wird kein Land der kreativen Energiewende sein. Eine Trendwende bei der Selbständigkeit einzuleiten, deren Anliegen ernst zu nehmen, überhaupt zu wissen, wie Selbständigkeit funktioniert, das ist auch ein Maßstab für die Wahlprogramme der Parteien.



Peter Klotzki,
Hauptgeschäftsführer Bundesverband Freie Berufe

Roland Schatz

5 VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG

Nicht erst in der Schlussphase der Berichterstattung zum Wahlkampf 2021 tauchen Formulierungen auf, die auf den ersten Blick richtig erscheinen, die aber schon auf den zweiten Blick eher Fragen auslösen als zum Kopfnicken führen: Geradezu abfällig wird über Parteiprogramme behauptet: „Die liest niemand“.

In ihrem Grundlagenbuch zur Vermessung der Meinungsforschung „Alle, Nicht Jeder“ erläutern Prof. Drs. Elisabeth Noelle-Neumann und Dr. Thomas Petersen das Fundament, auf dem Aussagen über die Meinung anderer getroffen werden können. Der Titel umschreibt in einer seltenen Klarheit den Kern: wenn mit bestimmten Prozentwerten über das vermutete Denken und Handeln in Zukunft Aussagen getroffen werden, dann bedeutet dies gerade nicht, dass damit ALLE Personen umfasst werden können.

Doch in den Medien wird gerne aus dieser wissenschaftlichen Vorsicht eine Pauschalität, die am Ende dann eine der Gründe dafür sein könnten, dass Menschen sich im Informationsangebot der traditionellen Medien kaum wahrgenommen fühlen. Wenn dieses Gefühl wie in der Berichterstattung über die Lage zu Corona vor einem Jahr oder die Situation beim Impfen im Herbst 2021 oder zur Darstellung der Parteien zur Bundestagswahl über lange Zeit und in ungewohnter Intensität von den Menschen erfahren wird, dann kann dies im Zweifel zu Unsicherheit und am Ende zur Abwendung führen.

Claus Kleber hat dies für das Informationsangebot in seiner Redaktion vom Heute-Journal wie folgt für die Leistung des ZDF vom März bis Juni 2020 wie folgt zusammengefasst: „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.“ Als er dies im Sommer 2020 bei einer Tagung der Heraeus-Bildungs-Stiftung sagte, ging sein Publikum davon aus, dass nun zumindest beim Heute-Journal wieder „der Job“ des Journalismus ausgeübt würde. Aber weder bei der Art und Weise, wie über das Impfen noch über die Wahl informiert wird, trifft dies zu.

Am 7.9.2021 informierte die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein gemeinsam mit der Ärztekammer Nordrhein ihre Mitglieder schriftlich von den Ergebnissen einer jüngst durchgeführten Auffrischungsimpfung, die in Oberhausen in einem ASB-Haus bei 90 Personen durchgeführt worden war und zu massiven Problemen in 9 Fällen führte: Eine Person starb sofort, zwei mussten wiederbelebt werden und bei den sechs weiteren

Menschen, die der Empfehlung der Ärzte gefolgt waren, kam es ebenfalls zu besorgniserregenden negativen Folgen.

In der ZDF Sendung „Klartext“ mit Armin Laschet stellten Menschen dem Kandidaten der Union Fragen. Manchen Fragestellern war zu erkennen, dass sie mit einer Mission in diese Sendung gesandt waren – aber auch das hielt sie nicht davon ab, sich mit Bild und Namen öffentlich zu bekennen. Nur eine Person wollte nicht erkannt werden. Diese schilderte ihre Unsicherheit zur Frage, ob sie sich impfen lassen sollte oder nicht.

Beide Beispiele stehen für viele Weitere. Sie haben eines gemeinsam: Weder die Angehörigen noch die Freunde der Opfer finden ihr Erlebtes in ihren Leitmedien gespiegelt. Noch schlimmer, sie haben Angst vor Repressalien. Das im Freiheitsindex 2021 wiedergegebene Beispiel vom Amtsarzt in Augsburg verdeutlicht, dass diese Ängste nicht von ungefähr kommen. Das macht aber weder das Erlebte noch die sich daraus ableitende Unsicherheit ungeschehen. Wohin sollen sie sich mit ihren Fragen wenden, wenn sie sich nicht länger repräsentiert fühlen von denen, die eigentlich qua Berufsdefinition für sie Augen, Ohren und Herz sein sollten über das „was ist“?

Was könnte hier und heute geändert werden, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen? Um dem Muskel namens Freiheit wieder Mut zur Anwendung zu geben.

Vorschlag 1 – Umfragen als das zeigen, was sie sind

Die ausführliche Würdigung des Salomon Asch Tests hat die Grundlage des ersten Vorschlages geliefert: gerade weil Menschen soziale Wesen sind, ist von Seiten der Regierung als auch der Medien unter allen Umständen für eines zu sorgen: Gruppendruck – in welcher Form auch immer ausgeübt – ist zu vermeiden. Und wenn er ausgeübt wird, ist er als das zu bezeichnen, was er ist: Manipulation.

Jürgen Hogrefe hat in seinem Kapitel zum Buch „Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland“ ausführlich auf den Kampf der Journalisten in den 60er und 70er Jahren der Bundesrepublik hingewiesen und seiner Bestürzung Ausdruck verliehen, wie stark er sich im Berlin des Jahres 2021 an das Ringen von vor 50 Jahren erinnert fühlt. Journalismus und Manipulation gehen nicht zusammen, und wenn die Versuchung noch so gross ist. Die Selbsterkenntnis von Claus Kleber kam sicher zu spät, aber sie kam. Nun gilt es – nicht nur auf Seiten des ZDF daraus tatsächlich Konsequenzen zu ziehen, damit kein dort angestellter Journalist je wieder solch ein beklemmendes Fazit zum Ende seines Berufslebens zu ziehen hat.

Vorschlag 2: Parteien repräsentieren Teile der Gesellschaft, nie das Ganze

Dieser Vorschlag ist nah am Asch-Test: Wie oft werden Vertreter von FDP, Grüne, Linke in Interviews mit dem Vorwurf konfrontiert: ihr Vorschlag würde aber nicht von der Mehrheit der Gesellschaft gedeckt. Genau das ist aber das Wesen von Pars im Gegensatz zum Totum: Wer „nur“ einen Teil der Gesellschaft repräsentiert, hat es nicht zur Aufgabe, ALLE zu bedienen oder gar glücklich zu machen.

Dies gilt aber selbstverständlich um so mehr für SPD und die Union. Wieso wurden dem Kanzlerkandidaten der Union ständig Personen und Situationen in den Wahlkampfsendungen präsentiert, für die weder der Kandidat noch seine Partei im vorgelegten Parteiprogramm versprochen hatten, dass sie sich bevorzugt um diese kümmern würden? Dass ein Kanzler am Ende dann auch widerstrebende Interesse orchestrieren muss, liegt in der Natur des Amtes. Aber zunächst muss die Chance bestehen, möglichst allen Gruppeninteressen, denen Partei A oder B ein Versprechen abgibt, diese auch für diese Gruppen klar und deutlich artikulieren zu können. Fans von Borussia Dortmund immer wieder einzelne Spieler von Bayern München zu präsentieren, ihnen Bilder von der Allianz-Arena zu zeigen, wird bei keinem Dortmunder auch nur die kleinste Reaktion auslösen, nun den Mitgliedsantrag vom Stern des Südens anzufordern. Was im Sport nur in absoluten Ausnahmefällen gelingt, verfängt schon gar nicht dort, wo politische, gesellschaftliche, religiöse und philosophische Werte eine Rolle spielen.

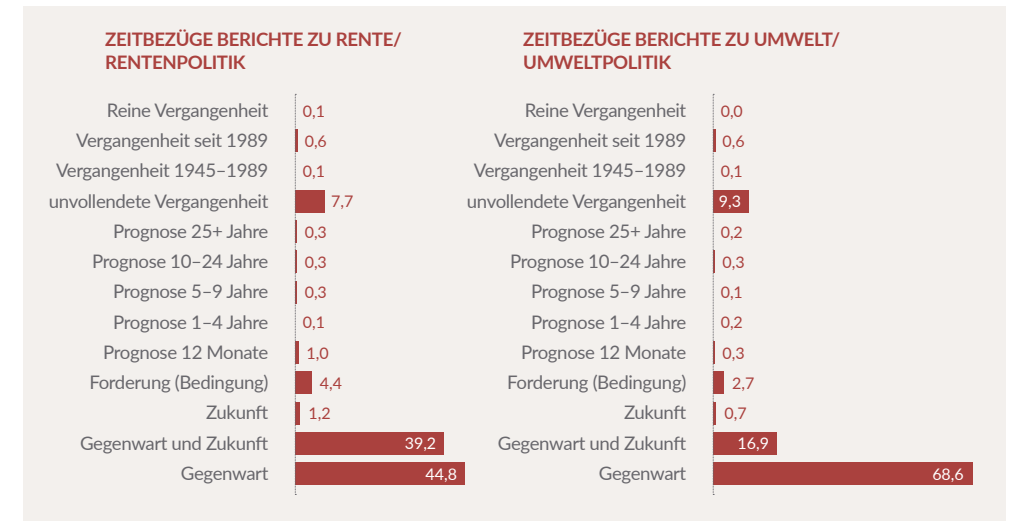
Vorschlag 3: Freiheit braucht Perspektive

Solange mehr als 4 von 5 Beiträgen, in denen die deutschen Leitmedien im Politik und Wirtschaftsressort berichten, nicht mit der Zukunft zu tun haben, wird dem Souverän die Chance geraubt, sich ein eigenes Urteil bilden zu können, inwieweit das, was Partei A und Firma B zu Rente oder Umwelt vorschlagen, zum Erreichen einer wie auch immer definierten Zukunft beiträgt (siehe folgende Grafik).

Das jahrzehntelange Ausblenden von Perspektive in der Darstellung von Politik und Wirtschaft hat zu einer Situation geführt, in der das Morgen kaum noch Gegenstand der Auseinandersetzung ist, im Privaten wie im Gesellschaftlichen. Wer heute in Deutschland auf die Strasse geht und die Menschen nach den 17 Sustainable Development Goals befragt, für die Angela Merkel am 25.9.2015 bei den Vereinten Nationen in New York mit 192 weiteren Regierungschefs die Verpflichtung der Bundesre-

Zeitbezug der Darstellung von Medienberichten 1/2016–6/2020

(Anteil Zeitbezug der Beiträge, Basis: 6.702/23.406 von insgesamt 1.131.115 Beiträgen)



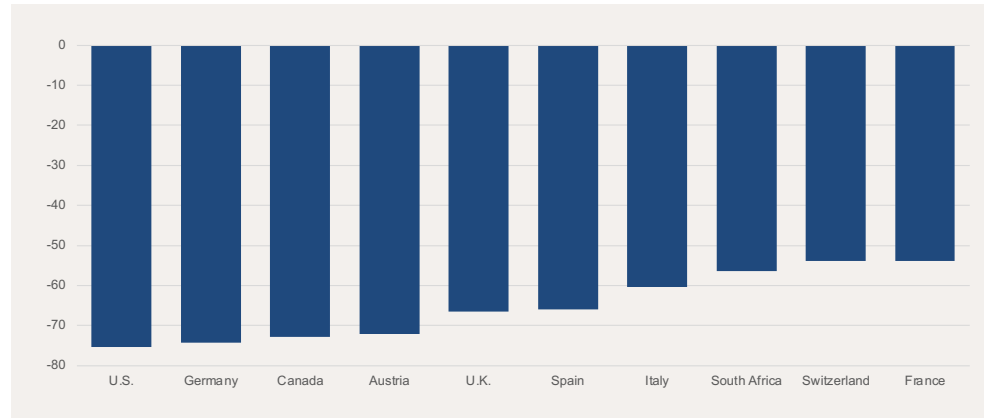
publik abgegeben hat, dass auch Deutschland diese Ziele mit ihren 169 klar definierten Targets spätestens zum Dezember 2030 erreichen wird, schaut in leere Gesichter. Nicht allein, dass wohl nur 1 von 100 je von dieser Verpflichtung je gehört hätte. Solange im veröffentlichten Diskurs dem Morgen nur noch 16 Prozent Raum gewährt wird, wird sich auch kein Leistungsträger in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft oder eben auch den Medien einem Ziel wie Gleichstellung von Frau und Mann (SDG5) verpflichtet fühlen.

Vorschlag 4: Stereotypisierung ist der Feind jeder Freiheit

Drei Wochen vor der Entscheidung über die Zusammensetzung des nächsten Bundestages wurde zum 20. Mal an die Anschläge in den USA erinnert. Was unmittelbar im Anschluss an 9/11 2001 schon falsch wirkte, wurde in den 20 Jahren seither nicht geändert: Über den Islam im allgemeinen und seine Vertreter wird im Prinzip bevorzugt im Kontext von realen oder vermeintlichen Terroranschlägen berichtet.

Die folgende Grafik zeigt eine Auswahl von Medien aus vielen Ländern, die sich hinsichtlich der Bewertung der damit zugrunde liegenden Themenauswahl nur graduell unterscheiden.

Die negative Stereotypisierung gilt nahezu für alle Länder: Bild der Muslime in TV-Nachrichten (Verhältnis der +/- Darstellung; Basis: 106.694 Berichte über religiöse Protagonisten)



Wer glaubt, dass angesichts einer solchen Stereotypisierung die Mitbürger in diesen ausgewählten Ländern, die muslimischen Glaubens sind oder im Koran mehr erkennen als eine Anleitung zur Gewalt gegen Nicht-Gläubige, sich für die Werte des „Westens“ einsetzen, muss eine eigene Vorstellung vom Umfang mit Gruppendruck à la Asch-Test besitzen. Diese Stereotypisierung ist der sichere Tod für jede Demokratie, für jeden Diskurs und natürlich für die Freiheit.

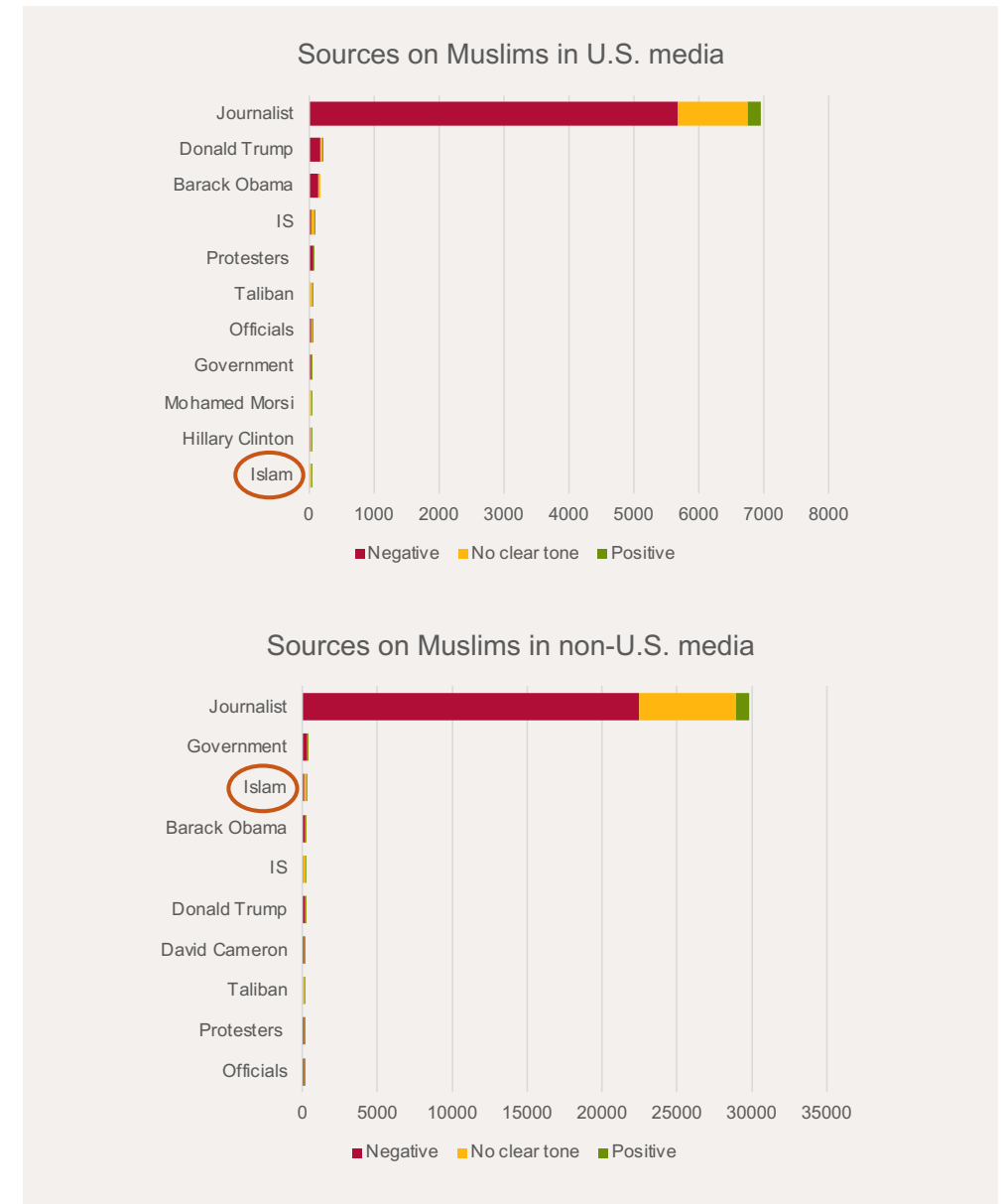
Vorschlag 5: Auditor et alter Pars – Freiheit gibt es nicht ohne Respekt vor dem „Anderen“

Diese Stereotypisierung funktioniert nur, weil der Kern-Grundsatz des Journalismus – wie auch des Rechts – keine Anwendung findet: denen Gehör zu sichern, über die berichtet wird. Solange Imane nur mit 1,3 Prozent zu Wort kommen, wenn in den Leitmedien des Westens über den Islam „informiert“ wird, dann haben es Klischees leicht, sich durchzusetzen.

Unmittelbar im Anschluss an den Terror vom 11. September 2001 hatten führende Imane nicht nur der BBC Interviews zur Einordnung angeboten und um klarzumachen, dass gemäss Koran jeder, der anderen Gewalt zufügt, sich ausserhalb des Koran stellt. Aber ihre Interviews wurden überwiegend abgelehnt. 2001 wie 2021.

Diese fünf Vorschläge sind als Anstoss für eine möglichst umfassende Diskussion gedacht, denen möglichst vielfältige weitere folgen werden.

Wissen Journalisten über den Islam mehr als deren Imane? Bild der Muslime in US-TV-Nachrichten nach Themen 1. Jan. 2002 bis 9. Sep. 2021 (Basis: 106.694 Berichte über religiöse Protagonisten)



Roland Schatz

AUSBLICK: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?

Fast genau vor 60 Jahren griff eine der beiden deutschen Regierungen zum letzten Mittel: Sie befahl den Mauerbau.

Den Machthabern in Ost-Berlin erschien die absolute Trennung des eigenen Volkes als alternativlos. Ab sofort wurde den Menschen in Ostdeutschland die Wahl der Systeme entzogen. Millionen hatten angesichts der Optionen, die ihnen das sozialistische System bot, sich für den Wechsel nach Westdeutschland entschieden.

Zu stark hatten sich die Angebote mit Blick auf die Selbstbestimmung in Sachen Bildung, Gesundheit, Justiz, Religion, Beruf, Familie zum Schlechten gewandt. Auch wenn die eigenen Medien die Wahloptionen im anderen Teil des ‚eigenen‘ Landes nicht oder eher verzerrt vermittelten, reichte das Hörensagen der eigenen Freunde und Familie.

Andere blieben in Leipzig, Dresden, Cottbus, auch wenn sie und ihre engste Familie unter Berufsverbot, verweigertem Studium oder Verlust des eigenen Bauernhofes heute schier unvorstellbare Leiden in Kauf nahmen – weil sie ihre Heimat, ihre Freunde, ihre Patienten nicht auch noch im Stich lassen wollten.

Die Zahl der 140 unmittelbar an der Mauer Gestorbenen steht als Mahnmal. Freiheit ist nicht verhandelbar.

Weil die Worte Joachim Gaucks nicht unerhört verhallen sollten, geht es darum, einmal pro Jahr eine Bestandsaufnahme wieder aufzunehmen, die von Dr. Ulrike Ackermann, dem John Stuart Mill-Institut sowie Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Allensbach vor Jahren ins Leben gerufen wurde. Und angesichts der 754.895, die im Saldo seit Regierungsantritt von Angela Merkel ihrer Heimat den Rücken glauben kehren zu müssen, soll es bei dem wieder aufgenommenen Freiheitsindex nicht allein um Umfragen und Mediensentiment und ihre etwaigen Wechselwirkungen gehen.

Aus der Schweiz und Österreich sind interaktive Varianten zur Messung des Grades der Selbstbestimmung in diesen Ländern mit Blick auf unternehmerische Freiheit, Steuern sowie das Rechtssystem sogar auf Bundesländer bzw. Kantonsebene bekannt. Von diesen Beispielen lernend möchte der Freiheitsindex Deutschland für die besonders relevanten Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Daten und Trends bieten:

BILDUNG

- Freie Schulwahl / Wahl der Universität (NC); Weiterentwicklung / Flexibilisierung des Schulsystems · Digitalisierung / Homeschooling · Unterrichtszeiten / Semesterzeiten · Leistungsbeurteilung / Prüfungen · Bezahlung / Hierarchie / Ausbildung Lehrkräfte · Lifelong Learning · Qualität der Ausbildung (Pisa) / Lehre / Evaluation · Anteil Schulabbrecher / Uniabbrecher · Durchlässigkeit des Schulsystems / Schulformen · Bezahlbare Auslandsaufenthalte / Schüleraustausch · Klassengröße / überfüllte Hörsäle

GESUNDHEIT

- Freie Arzt- und Kassenwahl · medizinische Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen · Transparenz / Status / Dokumentation · Vorsorge · Bezahlung Pflegekräfte · Arbeitsbedingungen Pflege · Zugang Medikamente · Verhältnis Schul-/Alternativ-Medizin · Alkoholkonsumverbot / Nichtraucher-schutz · Entbürokratisierung · Selbstbestimmung

INKLUSION

- Früh-Erkennung · Inklusions-Klassen in Schulen · transparente Arbeitsplatzangebote · Sichtbarkeit im Lebens-/Medienalltag · Anteil Arbeitsplätze Öffentlich – Privat · Pflegedichte · Barrierefreiheit · Berufswahl · Freizeitangebote · technische Innovationen · Förderung von Forschung / Wissenschaft · Selbstbestimmung

JUSTIZ

- Laienrichter · Öffentlichkeitsvorgaben · politische Rechte für Ausländer · Wohnsitzfristen bei Einbürgerungen · Videoüberwachung · Datenschutz/-sicherheit · Vermummungsverbot · Besteuerung allgemein / Zweitverdiener · Legitimierung Parlament (Corona-Maßnahmen) · Informationsfreiheit · Hate Speech · Zusammensetzung der Richterschaft / Richterwahlausschuss · Karrierechancen · Bürokratiehemmnisse

POLITIK

- Öffentliche Sicherheit · Steuer- und Abgabenlast einer Durchschnittsfamilie · Stand Umsetzung der 17 SDGs · Integration · Anträge bei Petitionsausschüssen · Anteil Bürgerbeteiligung/Plebiszite · Ergreifen politischer Mandate / Ämter · Durchlässigkeit · Vergütung politischer Ämter · Wahl-Möglichkeiten / Wahl-Turnus

WIRTSCHAFT

- Beschäftigte im öffentlichen Sektor · Dauer bis zur Baubewilligung · Deregulierung, Regulierungsfolgenabschätzung · Ladenöffnungszeiten · Bonität des Bundeslandes: Schuldenbremse · Staatsquote · Dezentralisierung · Bürokratie · Absicherung · Zugang zu Kapital / Investoren · Verwaltungsapparat · Mobilität · Digitalisierung · Infrastruktur · Arbeitsmarkt / Mitarbeiter

Denn es fühlt sich falsch an, ein weiteres Fallen des Wertes beim Freiheitsgefühl in Deutschland noch abwarten zu wollen. Der bisherige Rückgang der Zahl derer, die sich in ihrem Leben frei fühlen und das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können, ist bereits zuviel.

Gleichzeitig müssen wir Sozialwissenschaftler zugeben, dass Umfragen oder Medienanalysen zu wenig sind. Jedes Jahr verlässt bildlich gesprochen eine Kleinstadt die Bundesrepublik, weil den Menschen individuell die Luft zum Atmen fehlt. Das sind zwar noch nicht so viele, wie jedes Jahr in deutschen Krankenhäusern sterben müssen, weil dort die Hygienebedingungen nicht gut genug sind.

Aber der Umgang mit Corona hat eines gelehrt: Vollbremsungen sind nicht nur möglich, die Menschen und Institutionen in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – sind überwiegend unerwartet stabil durch diese verordneten Schocks gekommen – zumindest mit Blick auf das Materielle.

Nach den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach stufen derzeit nur zehn Prozent der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder gar sehr schlecht ein. Diese Zahl ist seit vielen Jahren konstant, meist liegt sie knapp unter 10 Prozent. Gemäß Allianz-Versicherung haben die Privatvermögen im Jahr 2020 sogar noch zugelegt.

Es sind also nicht die Geldkonten, die den Menschen in der Bundesrepublik Zweifel am Selbstbestimmtsein so enorm aufkommen lassen, dass sie bereit sind, das einzige, was ihnen eigentlich zusteht, aufzugeben: ihre Heimat.

Und weil die Motivlage so vielfältig ist, werden multiple Forschungsinstitute eingeladen sein, für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Fakten und Trenddaten zusammenzutragen, damit neben den Umfragen und Medienanalysen auch die Zustände in den sechzehn Bundesländern besser nachvollzogen werden können.

Die Ergebnisse werden so aufbereitet, dass Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren in drei unterschiedlichen Schulwirklichkeiten interaktiv mit den Resultaten umgehen können. Die Intensität, mit der diese nächste Generation sich mit den Daten beschäftigt, sie sich in ihrem eigenen Alltag und ihren eigenen Foren austauscht wird ebenfalls erhoben und publiziert.

Denn eingangs haben wir davon geschrieben, dass Freiheit ein Muskel ist, der trainiert sein möchte, damit Anwendung möglich ist und bleibt. Von daher reicht es nicht, die Resultate eines Freiheitsindex einmal pro Jahr zu präsentieren und die Details in Gremiensitzungen erörtern zu lassen.

Erst wenn Freiheitsrechte in den Leitmedien wieder konstant oberhalb

der Wahrnehmungsschwelle dargestellt werden, wenn in den Oberstufen aller Schulformen das Selbstbestimmtsein nicht nur mit Blick auf die eigene Aus- und Weiterbildung, sondern auch die Optionen einer eigenen Arztwahl etc. verstanden sind, wenn Menschen mit Behinderungen sich als Teil des Ganzen empfinden, wenn Menschen Gerichtssäle verlassen im Bewusstsein, dass sie den Prozess verloren, aber an Erkenntnis dazugewonnen haben, Volksinitiativen nicht nur an Sichtbarkeit gewinnen, sondern ihre Ergebnisse nicht länger nur im Regionalen zu Verbesserungen beitragen können und wenn Deutschland bei den Neugründungen nicht länger Platz 43 von 44 gemessenen Staaten einnimmt: Erst dann besteht Hoffnung, dass sich zunächst die Umfragewerte bei der Freiheitsfrage wieder drehen und dann, später, der Saldo derer, die glauben, in ihrer Heimat keinen Platz mehr finden zu können, sich ins Positive dreht.

Als Roman Herzog seine Ruck-Rede hielt, stimmten viele zu. Und glaubten danach, sich wieder um ihren Status Quo mit gleicher Intensität kümmern zu müssen, sodass außer einem ‚Jawohl‘ zur Agenda wenig geschah, um den notwendigen steten Wandel auf Dauer umzusetzen.

Das Gute an jährlichen Präsentationen besteht darin, dass sie kleine ‚Neu-Jahre‘ sein können: sich an die Selbstverpflichtung vor 365 Tagen zu erinnern und nun mit den Erfahrungen der zwölf dazu gekommenen Monate einen smarteren Ansatz zu finden, dass aus dem Plan Realität wird. Oder gleich mehrere.

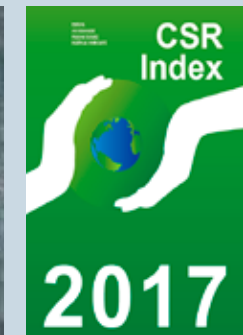
Zürich, Allensbach, 20.9.2021

INNOVATIO

Data Driven Solutions

InnoVatio entstand 1985 als Angebot für alle, die interdisziplinäre Lösungen suchten. Eine neue Form von Dialog von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien als sogenannter „Runder Tische“ entstand in den Schweizer Alpen. Als „Verlag für die denkende Hand“ erhielten Autoren neben der Plattform für ihre Ideen, die in der gleichnamigen Zeitschrift oder als Buch ihre Verbreitung fanden, zudem über Seminare wie der Zukunftswerkstatt „Freiburger Gespräche“ einen Resonanzboden, damit aus Chancen Wirklichkeiten wurden. Neue Ausbildungskonzepte entstanden, die in Flensburg, Karvina, Koblenz oder Witten Realität wurden. Neue Formen der Arbeitswelt in Gestalt von Technologie-Parks wurden in Dresden und Ostrava eingeführt. Im Schloss Glücksburg begegneten sich seit 1988 an der Kultur-Management-Akademie Wirtschaft und Kultur, um voneinander zu lernen. Zwischen 1987 und 1990 bot InnoVatio denen in Ungarn, Tschechien und der ehemaligen DDR eine geistige Heimat, die auf der Suche nach einem Dritten Weg keine billigen Lösungen hinnehmen wollten. Nach 1989 entwickelte InnoVatio gemeinsam mit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann und Kollegen das Forschungsinstitut Media Tenor.

Da Medien (off- und später auch online) eine Schlüsselrolle in Veränderungsprozessen einnehmen, wurden ab 1994 Wirkungsmechanismen tagesaktuell erforscht und mit im Rahmen der Internationalen Agenda Setting Conference diskutiert. Nach den Terroranschlägen von 9/11 2001 wurde InnoVatio vom World Economic Forum gebeten, den Annual Dialog Report zu konzipieren: Die Bereitschaft von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollte kontinuierlich erfasst und Lösungsmodelle für ein verbessertes gegenseitiges Verständnis entwickelt werden. Für Unternehmen wurden praktische Lösungen wie die Reputationsschutzversicherung oder Kommunikations-Cockpits auf den Markt gebracht. Für Wissenschaftler entstanden Indices wie das FAZ-Ökonomen-Impact-Ranking. Für die UN wurde mit dem Perception Change Programm sowie den Unlearning Intolerance Masterclasses und der UNGSII-Stiftung Formate geschaffen, die Erfahrungen der 80iger Jahre weltweit zu teilen. Auch nach 30 Jahren bleibt InnoVatio offen für Autoren, die ihre Ideen weltweit diskutiert und umgesetzt sehen wollen.



MEDIA TENOR wurde 1993 von Wissenschaftlern wie Peter Glotz, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach and Hartmut Schiedermaier und Journalisten auf Initiative von Elisabeth Noelle-Neumann und Roland Schatz in Bonn gegründet. MEDIA TENOR verfolgt seit dieser Zeit das Ziel, die Inhalte der Leitmedien im In- und Ausland Tag für Tag mit jedem Beitrag intersubjektiv nach Thema, Zeit- sowie Ortsbezug als auch Quellen und Bewertungen tagesaktuell wissenschaftlich zu erfassen. Dank dieses weltweit einmaligen Ansatzes konnten die Researcher von Media Tenor gemeinsam mit anderen Instituten im In- und Ausland die Agenda-Setting-Forschung um die Definition der Wahrnehmungsschwelle bereichern und zudem Medien-Impakt-Analysen vorantreiben. Seit 1995 wird für Redaktionen anhand des Media Tenor Zitate-Rankings eine Datenbank zur Qualitätssicherung im Bereich exklusive Inhalte zur Verfügung gestellt. 2013 hat Media Tenor mit Partnern das FAZ-Ökonomen-Ranking konzipiert und damit beigetragen, die Sichtbarkeit und Vielfalt von Experten der Wirtschaftswissenschaften in der Berichterstattung von 0,7 Prozent in 2013 auf mittlerweile 5 Prozent zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage konnte zum Beispiel die Allianz Versicherung ein Produkt zur Reputationsversicherung weltweit auf den Markt bringen, Studien zum besseren Verständnis von Einflussfaktoren auf die Impf(un)willigkeit von Menschen konnten europaweit 2013 für die EU durchgeführt werden und nach 9/11 wurde gemeinsam mit dem World Economic Forum der Annual Dialog Report for Religions and Values konzipiert und umgesetzt.

Das Shorenstein Center der Harvard Kennedy School mandatiert seit 2004 für ihre Analysen zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten während der US-Präsidentenwahlen Media Tenor mit den kontinuierlichen Medien-Analysen. Seit Gründung hat das Forschungsinstitut über 1000 wissenschaftliche Arbeiten im In- und Ausland unterstützt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt seit 1998 in der gemeinsamen interdisziplinären Forschung, inwieweit künstliche Intelligenz auf dem Gebiet der qualitativen Texterkennung valide Lösungen anzubieten vermag.

Die Autoren:



Dr. Thomas Petersen, geboren 1968 in Hamburg. Studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1993 Magister. Seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projektleiter. 2001 Promotion. 2010 Habilitation an der Technischen

Universität Dresden, seitdem Privatdozent an der TU. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR).


Jüngste Buchpublikationen: Der Fragebogen in der Sozialforschung. Konstanz: UVK 2014. Die Vermessung des Bürgers. Konstanz: UVK 2015. Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen. Baden-Baden: Tectum 2017 (mit Tilman Mayer).



Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld. Studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung. Von 2013 bis 2019 war er Senior

Advisor für den UN General Direktor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde er von Papst Franziskus in die Covid 19 Kommission berufen.

Jüngste Publikationen: Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland. Zürich: 2021. Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen? In: Das Corona Brennglas – Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie. Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg). Baden-Baden: 2021.

The background features a repeating pattern of stylized human figures in shades of orange and brown. A prominent blue line, resembling a stylized 'V' or a path, runs across the bottom half of the page.

Der Zugang zu Informationen, die Qualität der dargestellten Informationen und der öffentliche sowie veröffentlichte Diskurs über beide dürfte einer der Gründe dafür sein, warum Deutschland im Vergleich mit 11 anderen Staaten in der EU den schlechtesten Platz belegt. Die für das European Council on Foreign Relations erhobenen Daten vom Sommer 2021 können nur ein erster Stimmungsindikator sein, dem weitere wissenschaftliche Studien folgen müssen. Aber sie bestätigen einen Trend, dem auch der Freiheitsindex für Deutschland – dank der erheblichen Vorarbeiten von Prof. Ulrike Ackermann und Dr. Thomas Petersen – auf den Grund gehen wird. Denn der Einbruch innerhalb einer Legislaturperiode um 5 Punkte auf nun minus 2 im Sommer 2021 ist alarmierend. Je breiter sich nun die Forschungsallianz für die weiteren Arbeiten am Freiheitsindex aufgestellt, um so besser.